INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU-BERLIN

AStA Info 22

ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
AN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 22
APRIL 2012

NC-FREI?
GERICHTSENTSCHEIDUNG

TEILZEITSTUDIUM
ALTERNATIVE?

CODE OF CONDUCT
KOOPERATIONSVERTRÄGE

TU-EXPORT
ÄGYPTEN & BILDUNGSMARKT

MILITARISIERUNG
OBERST MUSCHE AN DER TU

I-CAFÉ
SCHLUSS NACH 24 JAHREN?

TU-PROJECTS
PROJEKTWERKSTÄTTEN

Nicht mehr lange...

RÜCKBLICKE
PRÄSIDENTENWAHL
BILDUNGSPROTEST 2011
RUSSENLAGER-AUSSTELLUNG
LIMA-WORKSHOP

ASTA-NEWS
SKB GERETTET
FRAUEN-ASTA
ASTA-UMZUG INS TK
THERESIENSTADT AUSSTELLUNG

Was ist der AStA?

Zusammen mit deiner Immatrikulation bist du auch Mitglied in der Verfassten Studierendenschaft geworden. Du bekommst diese Mitgliedschaft, die im Berliner Hochschulgetz (BerlHG) verankert ist, z.B. dadurch zu spüren, dass du von nun an bis zum Ende deines Studiums nicht nur 41,20 Euro pro Semester an das Studentenwerk abdrücken musst (das Studentenwerk ist für die Mensen, Wohnheime, Cafeterien, Kindertagesstätten etc. zuständig), sowie 50 Euro TU-Verwaltungsgebühren, die eigentlich Studiengebühren sind aber nicht so heißen, 168 Euro für das Semesterticket und 3,30 Euro für den Sozialfonds (Studierende, die es nicht so dicke haben, können vom Sozialfonds einen Zuschuss zum Semesterticket beantragen), sondern auch noch 8,70 Euro an die Verfasste Studierendenschaft, konkret den AStA (zur Zusammensetzung des Beitrags: asta.tu-berlin.de/beitrag)

Der AStA ist die politische Interessenvertretung der Studierenden. Laut Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) nimmt der AStA auch ein allgemeinpolitisches Mandat wahr. Besonders wichtige Aspekte sind dabei: Die Mitwirkung bei der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studierenden. Die Förderung der politischen Bildung der Studierenden im Bewusstsein der Verantwortung für die Gesellschaft. Die Unterstützung kultureller und sportlicher Interessen der Studierenden. Die Pflege der Verbindung mit Studierendenorganisationen und Studierendenschaften anderer Hochschulen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die 8,70 Euro pro Studierenden und Semester gedacht.

Der AStA wird vom Studierendenparlament (StuPa) gewählt. Das StuPa wird seinerseits von den Studierenden gewählt. An der TU werden jeweils gegen Ende des Sommersemesters StuPa-Wahlen durchgeführt, an denen alle Studierenden aktiv und passiv teilnehmen können. Die wichtigsten Aufgaben des StuPa sind, den AStA zu wählen sowie den Haushalt (also die Summe dessen, was durch die vielen Semesterbeiträge zusammen kommt) zu beraten und zu beschließen. Daneben gibt das StuPa aber auch z.B. Verhandlungsaufträge an das Semtix-Team für deren Verhandlungen mit dem VBB heraus, beschließt über Urabstimmungen und Resolutionen.

Der AStA wird von den verschiedenen Fachbereichs-Initiativen sowie von anderen Studi-Gruppen wie z.B. der „Linken Liste“ oder den „Langzeitstudis“ unterstützt.

Der AStA besteht derzeit aus 12 Referaten: Bildungspolitik, Finanzen, Hochschulpolitik, Initiativen-Koordination, Kultur- und Gesellschaftskritik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit , Sozialpolitik, Umwelt und Wissenschafts- und Technikkritik. So wie den drei autonomen Referaten AusländerInnen, Frauen, Lesben/ Schwule/ Bi- und Transsexuelle (kurz „Queer“). Ein autonomes Referat bedeutet in erster Linie, dass der/ die ReferentIn von der jeweiligen Vollversammlung (z.B. Ausländer-Innen-VV) gewählt wird, und nicht vom StuPa direkt, wie die anderen AStA-ReferentInnen. Das StuPa muss diese Wahl dann nur noch bestätigen.

Der AStA besteht jedoch nicht nur aus den gewählten ReferentInnen, sondern auch aus einer Vielzahl anderer Menschen, die im AStA arbeiten. Einige werden für diese Arbeit bezahlt (Bürodienst, FinanzsachbearbeiterInnen und die Menschen in den Beratungen). Wenn du mehr wissen willst, komm einfach in den AStA-Räumen im EB-Gebäude (Keller EB012-020) vorbei.

twitter.com/astatu | flickr.com/astatu | astatu.blogsport.de
youtube.com/astatuberlin | facebook.com/astatuberlin

asta.tu-berlin.de

Berlin jetzt NC-frei?

Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts

Kurz vor Weihnachten 2011 erging am Landesverfassungsgerichtshof Berlin ein sehr interessantes Urteil für alle, die sich nochmal um einen Studienplatz bewerben wollen. Darin gab das Gericht in dieser Instanz endlich zwei Klägerinnen recht, deren Anwalt die generelle Zulassungspraxis in nahezu allen Studiengängen Berlins in Frage stellte. Betroffen sind alle Bachelor- und auch Masterstudiengänge, die einen Nummerus Clausus (NC) besitzen. Auch für Studiengänge wie Psychologie mit einem NC nahe 1,0 gilt das. Ihnen allen ging, so das Gericht in seinem Urteil, kein gesetz- und verfassungsgemäßes Verfahren zur Zulassungsbeschränkung voraus.

Nun ist also die jahrelang gängige Zulassungspraxis rechtlich so nicht mehr möglich, da sie sich nicht an ihre eigenen Spielregeln hält.

Studienplatz Einklagen!

Abitur mies? Uni-Ablehnung unterwegs? Nicht genug Wartesemester? Keine Panik! Es gibt die Möglichkeit euch einzuklagen. An den Unis ist genug Platz für euch! Informiert euch!

einklage.de

Das Einklageportal der ASten in Berlin und Brandenburg

Wie weiter? werdet ihr Euch fragen: Klar ist der Senatsverwaltung sofort geworden, dass natürlich nicht die Studienplatzkapazitäten anzuheben und viele NC´s abzuschaffen sind, sondern geschaut werden muss, wie die gängige Praxis in geltendes Recht überführt werden kann. Momentan werden die entsprechenden Ordnungen auf Hochdruck umgearbeitet. Für das laufende Zulassungsverfahren zum Sommersemester 2012 hat die Senatsverwaltung schonmal die Zahlen vom Mai 2011 „nach eindringlicher Prüfung“ bestätigt. Es wird also weiter zugelassen wie bisher und das Urteil ignoriert.

Gegen diese Politik wenden wir uns massiv und werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um für das Grundrecht auf freie Berufswahl und genügend Studienplätze zu kämpfen. Wenn hier Beschränkungen auf Grund eines behaupteten Mangels an Studienplätzen eingeführt werden, muss dies einem streng demokratischen und transparenten Prozess folgen. Wir werden keine weiteren einvernehmlichen Absprachen zwischen Senatsverwaltung und Präsidien tolerieren. Euer AStA wird sich auch weiterhin für eine möglichst faire Anzahl von Studienplätzen und die transparente Berechnung von Kapazitäten einsetzen.

Diese Themen sind natürlich sehr verordnungslastig und können vielen verständlicherweise schnell langweilig werden. Aber vergesst nicht, dass auch ihr zum Beispiel bei der Bewerbung auf euren Masterplatz betroffen sein könnt. Momentan ist die rechtliche Lage ob der fehlenden Ordnungen höchst unübersichtlich, daher wendet euch unbedingt an die ASten, wenn ihr Probleme auf Euch zurollen seht, weil ihr „leider leider nicht genommen werden konntet“.

Neuer AStA Kalender

Transparente AStA-Tasche für die Bibliothek

Erhältlich im AStA (Erweiterungsbau EB012-020)

Deinen Studiengang soll es bald nicht mehr geben?

Mehrere Tausend Studierende der TU Berlin sind noch heute für einen Diplom- oder Magisterstudiengang immatrikuliert. Ihr seid also nicht allein. Dennoch will die Universität alle diese Studiengänge möglichst schnell aufheben, wozu sie rechtlich auch die Möglichkeit hat. Das Berliner Hochschulgesetz räumt ihnen im § 126 das Recht dazu ein. So sollen die Universitäten ein Datum festlegen, zu dem die Abschlussprüfung letztmalig ermöglicht wird. Danach gilt dann der Studiengang als eingestellt. Von diesen Daten werden viele von euch sicher schon gehört haben, einige liegen sogar in der Vergangenheit. Aber das Gesetz sieht auch vor, dass die Situation der noch immatrikulierten Studierenden angemessen berücksichtigt werden muss. Dieser Verpflichtung kommt die Universität bisher nicht nach und hat ganz offensichtlich auch nicht vor dies zu tun. So könnt ihr davon ausgehen, dass schon deshalb fragwürdig ist, ob diese Vorgehensweise rechtlich einwandfrei ist. Hinzu kommen eine große Menge formaler Fehler, die die Uni bereits begangen hat und die diese Daten anfechtbar machen. Diese Formalitäten möchten wir Euch an dieser Stelle aber gern ersparen. Für Betroffene heißt es zunächst, dass ihr auf gar keinen Fall einem Wechsel in den Bachelor zustimmen dürft, wenn ihr den Wechsel nicht aus inhaltlichen Gründen wirklich wollt, denn dann kann euch niemand mehr helfen. Das Diplom ist in jedem Fall verloren. Macht euch einen realistischen Plan, wie und wann ihr euer Studium beenden könnt und schaut, ob das mit den Vorgaben der Universität in Widerspruch steht. Sollte sich dort ein Widerspruch finden, wendet euch an die Hochschulberatung des AStA. Dort bekommt ihr Unterstützung in vielerlei Hinsicht, im Zweifel auch rechtlicher Natur.

Der AStA richtete sich am 19. März 2012 mit einem Schreiben an die Fakultätsräte, den VP, die LSK und den AS. Darin pochten wir auf längere Fristen zur letztmaligen Abnahme von Diplomprüfungen. In Anbetracht der Tatsache, dass mehrere tausend Studierende an der Uni als Dilpomstudierende immatrikuliert waren und davon sehr viele (siehe Umfrage unter 728 TU-Studis) ihren Abschluss noch machen wollen, sehen wir keinen Grund diese nicht erfolgreich zum Abschluss zu lassen. Zwei Sachen sind dabei besonders wichtig. Erstens, wenn die jeweilige Frist vorbei ist hilft auch kein nette/r Prof mehr, die/der noch prüft. Das wäre in der Folge kein rechtsgültiger Abschluss (dazu kommt ein Rechtsgutachten, das vom AStA bei der Kanzlei Trenczek in Auftrag gegeben wurde). Zweitens ist absolut unklar, warum die noch Immatrikulierten in den BA wechseln sollten. Da ist kein Mehrwert.

Vermutlich wird die Satzung der TU, die die Aufhebung regeln soll und auch diese Daten festlegen soll, zum Ende des Sommersemesters 2012 beschlossen werden. Sobald uns diese beschlossene Ordnung vorliegt, werden wir als AStA eine Infoveranstaltung ausrichten, die Euch mit einer etwas studifreundlicheren Interpretation versorgt.

Eine kleine Bemerkung zum Schluss: Lasst Euch bitte von niemandem erklären, ihr würdet hier Kapazitäten blockieren. Ihr nehmt nicht mehr weg als jeder andere Diplomstudi, der in Regelstudienzeit abgeschlossen hat. Und solltet ihr abschließen, bekommt die Uni nach dem Preismodell nochmal Bares für euren Abschluss. Ihr seid also eher blankes Kapital für die Uni, wenn sie sich ein bisschen Mühe um euch gibt!

Aus der der Umfrage zum Auslauf der Diplomstudiengänge

677 TU-Studis (97,27%) gaben an ihr Studium beenden zu zu wollen. 8 (1,15%) gaben an ihr Studium nicht zu beenden. 11 (1,58%) beantworteten die Frage mit vielleicht.

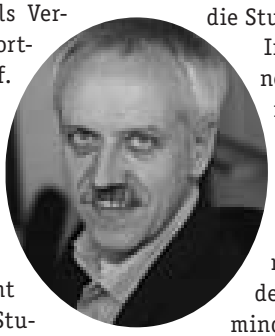
Umfrage von Tim Jungnickel, Studierendeninitiative Freitagsrunde

Not our President!

Prof. Dr. Hans-Ulrich Heiß ist neuer 2. Vizepräsident der TU

Am 18. Januar 2012 wählte der Erweiterte Akademische Senat einen neuen Zweiten Vizepräsidenten. Dieser ist für Lehre und Studium zuständig, wodurch die Besetzung dieses Amtes von besonderer Bedeutung für die Studierendenschaft ist. Als einziger Kandidat stand Prof. Dr. Hans-Ulrich Heiß zur Wahl. Dieser engagierte sich bisher innerhalb der Universität als Studiendekan der Fakultät IV (Elektrotechnik und Informatik). Außerdem ist er Vertrauensdozent des katholischen Cusanus-Werks. Außerhalb der Universität tritt er u.a. in Organisationen, die sich mit der Akkreditierung von Studiengängen befassen, auf.

An der Fakultät IV und im Akademischen Senat fiel er in der Vergangenheit als Verfechter der sog. Fortschrittskontrolle auf. Diese sieht Maßnahmen wie Zwangsanmeldung zu Prüfungen bis hin zur Zwangsexmatrikulation von Studierenden vor, die nicht den vorgefertigten Studienverlaufsplänen folgen. Herr Heiß erwies sich als wenig interessiert an Argumenten gegen die Fortschrittskontrolle. Dabei hätte eine ausführlichere Besprechung der betroffenen Studienordnungen dem Klima an unserer Uni gut getan.



Aufgrund von Unvereinbarkeiten mit dem Berliner Hochschulgesetz sind die betroffenen Studienordnungen in Teilen ungültig. Sowohl Studierende als auch Lehrende befinden sich somit in einer unklaren rechtlichen Situation. Auch in der Gestaltung seiner Lehrveranstaltungen wird seine Sicht auf die Studierenden deutlich. In den Tutorien seines Moduls „Technische Grundlagen der Informatik 3“ herrscht eine Quasi-Anwesenheitspflicht. Die Studierenden müssen bei der Besprechung von mindestens 75% der Tutoriumsaufgaben anwesend und in der Lage sein, die Lösung der Aufgaben während des Tutoriums an der Tafel zu entwickeln. Dazu kommen in Gruppen zu bearbeitende und vorzustellende Hausaufgaben, ein Zwischentest und eine Abschlussklausur. Für diese Anzahl an Prüfungsleistungen gibt es gerade einmal 6 Leistungspunkte. Schon ein Nichtbestehen der Hausaufgaben bedeutet einen Fehlversuch. Offenbar kann Herr Heiß sich nicht vorstellen, dass sich Studierende als erwachsene Menschen auch ohne Druck der Lehrenden für den Stoff seines Moduls motivieren könnten. Selbstverantwortung der Studierenden und eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten, welche an einer Universität gefördert werden sollten, kommen im Curriculum von Herrn Heiß nicht vor. Insgesamt halten wir Professor Heiß nicht für einen geeigneten Vizepräsidenten für Studium und Lehre. Seine Vorstellungen von gutem Lehrbetrieb sind weder die unseren, noch fördern sie die Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden oder gar die Ausbildung von qualifiziertem, selbstdenkendem wissenschaftlichem Nachwuchs. Der AStA wird ihm auf die Finger (sc)hauen.

„Da brennt euer Geld!“

Zur Schmutzkampagne gegen demokratische Studierendenschaften

Derzeit kursiert auf Internetseiten sowie in Zeitungsartikeln wieder der Vorwurf, dass der AStA der TU Berlin Studierende nach Rio zu einer Frauenkonferenz geschickt und dafür 1.400 Euro gezahlt hätte. Wir weisen darauf hin, dass dies Ende der 90er geschah und damals überzeugend dargelegt wurde, dass sich diese Reise im Rahmen der Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft bewegte. Die Berichterstattung der letzten Monate suggeriert jedoch, dass es sich bei der Reise um ein aktuelles Ereignis handeln würde. Die Urheber_innen dieser Berichterstattung versuchen Studierendenvertretungen zu diskreditieren. Als Argumentation dienen eine handvoll vermeintlicher Vergehen, zusammengesammelt aus dem gesamten Bundesgebiet und der jahrzehntelangen Existenz verfasster Studierendenschaften. Viele der Geschichten erwiesen sich im Nachhinein als Quatsch. Mit keinem Wort wird hingegen die immense - unbestreitbar positive - Arbeit der ASten in Form von Beratungen, Dienstleistungen, Vernetzung und Ähnlichem erwähnt, welche durch die Studierendenschaftsbeiträge und das ehrenamtliche Engagement vieler Studierender ermöglicht wird.

AStA rettet SKB

Sprach- und Kulturbörse an der TU

Im letzten Sommer stand die Sprach- und Kulturbörse (SKB) der TU Berlin kurz vor dem Aus. Grund war die Emeritierung von Prof. Steinmüller, der die SKB in den letzten 20 Jahren betreute. Sein Nachfolger wollte die Aufgabe nicht übernehmen, sodass die SKB ihre offiziellen Grundlage entzogen wurde. Bei den darauffolgenden Verhandlungen zwischen dem Präsidium und der SKB kam zunächst nichts raus. Lösungen schien es lange nicht zu geben. Kurz bevor das Aus der SKB als wahrscheinlich galt, schalteten wir uns als AStA ein. Die SKB ist nicht nur Lehre und wäre damit ausschließlich bei der Universität verortet. Sie ist in aller erster Linie eine selbst organisierte, erfolgreiche Kultur- und Sprachwerkstatt. Anfang November wurde dann eine Verwaltungsvereinbarung zwischen AStA und TU unterzeichnet, die den weiteren Erhalt der SKB für ein Jahr beinhaltet. Die verwaltungstechnischen Aufgaben, die in der Vergangenheit Prof. Steinmüller und die Fak. I bearbeiteten, sind seit dem im AStA angesiedelt.

Als ein vor etwa 20 Jahren gestartetes selbstverwaltetes studentisches Projekt, hat die SKB das Ziel, Studierenden sowohl Sprachen, als auch die Kultur der jeweiligen Länder näher zu bringen. Dies geschieht über Sprachkurse, die von Studierenden in ihrer jeweiligen Muttersprache angeboten werden. Außerdem bietet die SKB ein reichhaltiges Veranstaltungsprogramm im Rahmen ihres Sprachcafés an.

Im derzeit laufenden Übergangsjahr, in dem der AStA die Verantwortung für die SKB trägt, wird versucht eine dauerhafte Lösung für die Zukunft zu finden. Dies geschieht in einer Kommission unter der Leitung der 3. Vizepräsidentin, in der Vertreter_innen des Akademischen Senats, des Kuratoriums, der SKB und des AStA sitzen. Im Gegensatz zu den Verhandlungen von Oktober zeichnen sich bereits jetzt ernsthafte Lösungen und damit Erfolge ab. Mensch sieht es wieder – wenn wir wollen und uns einbringen, können auch wir als Studierende, trotz Unterfinanzierung der Hochschule, Projekte aufbauen und am Leben erhalten.

Wir als AStA finden, dass eine Einrichtung wie die SKB auf jedenfall erhalten bleiben muss, sie fördert den kulturellen Austausch unter den Studierenden und zeigt wie gut studentische Selbstverwaltung funktionieren kann.

Auch im Sommersemester werden wieder vielfältige Sprachkurse angeboten. Schaut einfach mal unter www.skb.tu-berlin.de nach, wann die Einschreibungen sind.

Bildungsproteste Ende 2011

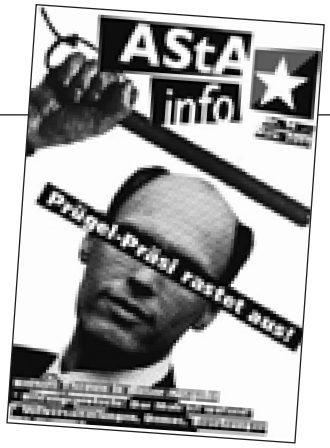
In über 80 Städten in Deutschland kam es am 17. November anlässlich des diesjährigen Bildungsstreiks zu kreativen Aktionen, Demos und Besetzungen.

Nach einer kraftvollen, lautstarken Demo durch Berlin-Mitte, an der sich trotz Eiseskälte ca. 3000 Schüler_innen, Studierende, Charité-Streikende und Beschäftigte beteiligten, kam es zu einer spontanen Besetzung des Hegelbaus der Humboldt-Universität. Beteiligt waren neben HU-Studierenden auch auffallend viele Studis der FU. Nach der gewaltsamen Räumung eines Seminarzentrums an der FU am Vorabend, war für die Studierenden aller Unis die Motivation groß, mit einer gemeinsamen Besetzung gegen das Vorgehen der FU zu protestieren und ein Zeichen für das Recht auf studentische Freiräume zu setzen. Nach der Demo ging es zuerst in das Foyer des HU-Hegelbaus, dann ins Grimm-Zentrum und zum Schluss wurde der Kinosaal der HU, der noch nicht versperrt worden war, dauerhaft besetzt. Anders als an der FU wurde die Besetzung an der HU geduldet. Über mehrere Wochen ist es bis Ende des Jahres dort gelungen, einen Raum für alle offen zu halten und einen Platz für selbstbestimmtes Lernen zu schaffen.

Die Demonstration am 17.11.11, sowie die vielfältigen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Unzulänglichkeiten des (Berliner) Bildungssystems sind Teil der seit Jahren rumorenden Unzufriedenheit von Erzieher_innen, Schüler_innen, Lehrerenden, Azubis, Erzieher_innen, Studierenden und Eltern. Die Forderungen der letzten Jahre sind nur teilweise bis überhaupt nicht durch den Berliner Senat umgesetzt worden. Die Punkte, die vor zwei Jahren während des Bildungsstreiks angebracht wurden, sind immer noch akut und aktuell. Veränderungen, zum Beispiel durch die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes, verschärften dagegen eher bestehende Probleme und schafften Neue.

Die Selektion beenden!

Bereits von der KiTa an werden Menschen selektiert. Ob sie einen Platz in der KiTa bekommen hängt nicht von der Bedürftigkeit ab, sondern bereits dort vom Geldbeutel der Eltern. In den Schulen erwartet die jungen Menschen dann nicht gemeinsames Lernen in einer angebrachten Atmosphäre, sondern eine völlig absurde Unterteilung in ein mehrgliedriges Schulsystem. Chancengleichheit, neue Lernformen und Lernen fürs Leben und nicht für die Schule bleiben leere Worthülsen, die im richtigen Moment von Schavan und Co an die Medien ausgegeben werden. Wer am Ende einen Studienplatz bekommt, hängt also nicht davon ab, ob Menschen sich für einen Hochschulabschluss entscheiden, sondern davon, ob man mit jungen Jahren in die richtige Schule gesetzt wurde. Dass oftmals gerade Kinder mit einem sog. Migrationshintergrund und



Sonderausgabe des AStA-FU zur Räumung des Seminarzentrums unter astafu.blogsport.de

Studieren in Teilzeit Das studiere ich doch eh schon!

Du studierst schon länger als 6 Semester? Dann bist du in der modernen Hochschule ja schon fast Langzeitstudent_in – und ist das schlecht?

Nein! Das gehört erst einmal gesagt! Du kostest niemanden was! Es ist noch nicht so lange her, da war der Gedanke daran nur 3 Jahre zu studieren absurd. Denn darin sind sich Wirtschaft und die Mehrzahl der Studierenden einig: Bachelor in drei Jahren, da lernt Mensch doch nichts. Es ist kein Gerücht, dass in vielen Studiengänge noch heute die gleichen Inhalte gelehrt werden wie im Diplom/ Magister, mit dem Unterschied dass alles in weniger Zeit vermittelt wird. Aber mit Hilfe von Verschulung und einer imensen Kürzung der freien Wahlanteile kein Problem. Hinzu kommt, dass irgendwer – ja wer bloß – uns allen im Ohr sitzt und uns sagt „studier schneller, noch schneller, am schnellsten."

Nun einmal zu einigen Fakten. Es stimmt, dass die Uni Geld für dich bekommt wenn du dein Studium abschließt. Es stimmt aber nicht, dass du die Uni oder auch den Staat Geld kostest, wenn du das Studium in mehr als sechs Semestern (Bachelor) oder in vier Semestern (Master) abschließt. Auch klaust du niemanden den Studienplatz. Oder belegst du jedes Semester 30 LP und bist schon längst über Deine 180 LP hinaus? Der wahre Grund für gestresste Lehrende, enge Lernräume und zu kleine Labore ist die lange bestehende Unterfinanzierung der Hochschulen. Außerdem gibt es eine rechts– und verfassungswidrige Vergabe von Studienplätzen.

75% der Studierenden arbeiten neben dem Studium (inklusive der Semesterferien)(1). 9% der Berliner Studierenden erziehen Kinder neben dem Studium (2). Hinzu kommen Studierende, die sich politisch, sozial und oder gesellschaftlich engagieren oder auch Angehörige zu pflegen haben. Aus diesen und anderen Gründen brechen jährlich rund 25% den Bachelor ab (3).

Die Frage sollte demnach wohl eher anders herum gestellt werden: Wer hat denn Zeit für ein Vollzeitstudium? Und wen wundert es da, dass psychische Krankheiten zunehmen und vor allem, dass unsere Köpfe nicht frei und kreativ denken können.

Es gibt nun also verschiedene Möglichkeiten. Dein freier Geist setzt sich durch und du zeigst den mindestens 30 Leistungspunkten im Semester den Vogel. Du brichst ab, weil so kann ja kein Mensch denken. Du windest dich doch durch sechs Semester und lässt es einfach mal drauf ankommen, der Kaffee wird schon helfen. Dass dich die Wirtschaft dann nicht will? Hmm, dann bleibt es eben bei nem Minijob.

Wenn du nun zu dem Personenkreis gehörst, der wohl eher länger an der Uni bleibt, oder du dazu gehören möchtest, weil du Wissen und Lernen eigentlich gar nicht so doof findest – dann kann ein Teilzeitstudium für dich durchaus in Frage kommen. Nämlich dann wenn du über 25 bist, keinen Baföganspruch mehr hast und dein Studium beenden möchtest.

Wie wir weiter oben im Text gesehen haben, gibt es genügend Gründe für ein Teilzeitstudium. Nur, und das ist entscheidend, nicht alle Menschen sind von Beginn an darauf angewiesen. Es kann aber sein, dass sich deine Lebenssituation verändert und genau deshalb ist auch diese Universität seit Mai 2011 verpflichtet ein Teilzeitstudium möglich zu machen. Während andere Hochschulen in Berlin, dass bereits vor dem Gesetz eingeführt haben windet sich die TU aber immer noch – obwohl sie auch das kein Geld kostet.

Das Teilzeitstudium macht für dich Sinn:

1. wenn du über 25 bist, also dich selbst versichern musst (du fällst nämlich aus der studentischen Versicherung wenn du keinen Baföganspruch mehr hast, aber bereits einen kleinen Job hast, oder zumindest teilweise arbeiten könntest), du hast nämlich einen Hartz4-Anspruch als Unterstützung bei einem Teilzeitstudium,

2. wenn du weißt, dass du es auf keinen Fall in der Regelstudienzeit schaffst, aber möchtest dass du später vorweisen kannst, dass du in vorgegebener Zeit (eben 12 Semester Bachelor) studiert hast,

3. wenn du Kinder hast, Angehörige pflegen, deinen Lebensunterhalt vollständig selbst verdienen musst.

Informiere dich bei der Bafög- und Sozialberatung im AStA.

1 Studiensituation und studentische Orientierung 11. Studierendensurvey, Bundesministerium für Bildung und Forschung
2 Studieren mit Kind in Berlin, Berliner Studentenwerk
3 Ursachen des Studienabbruchs in bachelor- und in herkömmlichen Sudiengängen, HIS Projektbericht

---

Kinder aus nicht-akademischen Familien nicht auf solchen Schulen landen, ist für diese Gesellschaft konstitutiv und nicht hinnehmbar.

Masterplätze für Alle! Regelstudienzeit kippen!

Die Forderung nach ausreichend Masterplätzen existiert seit der Einführung des zweigliedrigen Studiensystems. Und spitzt sich mehr und mehr zu. Eine Erhöhung der Masterplätze ist notwendig, damit alle Studierenden, die den Bachelor nicht als ausreichend erachten, eine weitere Vertiefung ihres Wissens erlangen können. Diese Forderung könnte aufgeweicht werden, wenn der Bachelor, wie einst beschlossen, als berufsqualifizierend, angesehen wird und Studierende Zeit bekommen ihren Bachelor individuel zu gestalten und auch mal länger als 6 Semester brauchen können.

Studienfinanzierung sozial gestalten! Hochschulen bedarfsgerecht ausstatten!

Die Regelstudienzeit verkennt die Lage vieler Studierender: Ein Vollzeitstudium in drei Jahren kann bei einem vollen Stundenplan kaum bewältigt werden, wenn man neben dem Studium arbeiten muss so wie ca. 70% der Berliner Studierenden. Gerade deshalb muss es endlich eine ausreichende Finanzierung durch das BAföG geben. Doch eine Finanzierung des Studiums macht nicht bei den Studierenden halt. Auch die Hochschulen müssen eine grundständige Ausfinanzierung erhalten, damit die Professor_innen sich nicht auf die Einwerbung von Drittmitteln konzentrieren müssen, sondern ihr Hauptaugenmerk auf die Lehre und das Zusammenbringen von Studierenden und Forschung legen können. Viele Fallbeispiele

an unseren Hochschulen zeigen deutlich, dass Gelder fehlen. So gibt es nicht genug Lehrkräfte für die Studierenden, weshalb Tutor_innen, welche eine 40h-Stelle inne haben, mal eben 60h die Woche arbeiten müssen. Zum Studieren bleibt für den_die Tutor_in keine Zeit und bezahlt werden ihm_ihr die Überstunden auch nicht.

Vom 18. bis 23. November fanden an allen Berliner Hochschulen Thementage statt.

bildungsstreik-berlin.de

Kooperation oder stille Aneignung?

Generelle Offenlegung von Kooperationsverträgen der Hochschule mit Unternehmen. Die Diskussionen um den „Code of Conduct“ an der Technischen Universität Berlin.

Die Sache mit den Drittmitteln…

Hochschulen sind in Folge massiver Einsparungen im jeweiligen Länderhaushalt immer stärker auf Finanzmittel außerhalb des Hochschuletats angewiesen. Solche Finanzmittel können zum einen projektgebundene Gelder von öffentlichen Stiftungen, wie der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) sein, zum anderen aus der Privatwirtschaft im Zuge von Kooperationen mit der Hochschule kommen. Für die TU Berlin zum Beispiel bedeutet das konkret: Kosten, die nicht mehr durch die vom Berliner Senat vergebenen Mittel getragen werden können, müssen durch Drittmittel ergänzt werden. Darunter fallen unter anderem „Anschubfinanzierungen“ bei Sanierungs- und Umbauarbeiten, wie jetzt beim aktuellen Kooperationsvertrag vom Exzellenzcluster Unicat BASF, die Gehälter vom Mitarbeiter_innen (zumindest für die Laufzeit der Verträge) oder gar komplette Professuren.

An sich erst einmal keine schlechte Idee, mag der oder die Eine denken. Allerdings ist das wie immer eine Frage des Kleingedruckten:

Wie viel Einfluss bekommen die Kooperationspartner_innen mit Abschluss dieses Vertrages? Ist die Forschung an einer Hochschule wie der TU Berlin dann immer noch unabhängig? Wird sie den eigenen Ansprüchen im Rahmen der Zivilklausel gerecht- wird also nicht für militärische Zwecke geforscht? Und wie sieht es eigentlich mit der Forschungsfreiheit im Auftrag der Gesellschaft aus, wenn die Forschenden damit beschäftigt sind, Auftragsforschung für Unternehmen oder Bund zu betreiben? Wird da nicht der Fokus auf zu wenige, momentan gewinnbringende Aspekte gelegt – auf Kosten von kreativen Köpfen, Ideen und Visionen?

Fälle in der Vergangenheit, wie zum Beispiel die Kooperation der Deutschen Bank mit der Humboldt und der Technischen Universität, sorgen nicht gerade für eine Verminderung des Misstrauens. Denn laut diesem Vertrag, sollte jedes Forschungsergebnis 60 Tage vor der Veröffentlichung einer oder einem zuständigen Mitarbeiter_in der Deutschen Bank vorgelegt werden. Danach würde entschieden, ob dieses veröffentlicht werden darf.

Aber was ist eigentlich ein „Code of Conduct“?

Mit „Code of Conduct“ ist hier eine allgemeine Regelung zum Abschluss von Kooperationsverträgen gemeint. Ähnlich der Selbstverpflichtung der TU Berlin nicht für militärische Zwecke zu forschen, sollen in diesem Verhaltenskodex Regelungen zu Rahmenbedingungen und Behandlung von Verträgen der Hochschule mit externen Geldgeber_innen festgehalten werden. Vom Akademischen Senat (AS) beschlossen, gelten sie dann für alle kommenden Vertragsabschlüsse.

Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Umgang mit dem Vertrag an sich.

An der TU ist es momentan so geregelt, dass nur Kooperationsverträge, die eine Stiftungsprofessur enthalten, durch zentrale Gremien wie die Kommission für Lehre und Studium (LSK) und den Akademischen Senat gehen müssen. Stiftungsprofessuren (die Finanzierung eines Lehrstuhls durch Unternehmen) gelten berechtigterweise als struktureller Eingriff in die Lehre und müssen in diesen Gremien vorgestellt und beschlossen werden. Neben dem Einfluss auf die Lehre durch Stiftungsprofessuren, wirken sich viele Kooperationen jedoch auch auf die Raum- und Flächennutzung und den finanziellen Haushalt der Hochschule aus. So sollten Mitarbeitende auch nach Auslaufen der zumeist doch kurzfristigen Verträge weiter bezahlt werden oder ein Büro, Labor oder Lehrraum zur Verfügung gestellt bekommen. Auch der Umgang mit den Forschungsergebnissen, der Anmeldung von Patenten und ihrer gewerbliche Nutzung sind umstritten.

Umso verwunderlicher, dass es bisher keinerlei Regelung zur Informationspolitik innerhalb der Hochschule gibt.

Bei der Mehrzahl der Verträge, nämlich allen ohne Stiftungsprofessur, bekommen die meisten Mitglieder der Hochschule keinerlei Information, von Mitspracherecht ganz zu schweigen. Oft wird auch seitens der Unternehmen auf Geheimhaltung zwecks „Schutz von Betriebsgeheimnissen“ gedrängt und in solchen Verträgen verankert, was eine Veröffentlichung rechtswidrig macht. Kritisch ist das allerdings bei einer öffentlichen Einrichtung, wie zum Beispiel einer Universität.

Wir fordern daher ganz klar die Offenlegung aller Kooperationsverträge - also ein Verbot von „Geheimhaltungsklauseln“.

Verträge, die Ressourcen der TU binden, müssen im öffentlichen Teil des AS vorgestellt oder besprochen werden, um so allen Statusgruppenvertretungen zumindest ein gewisses Mitspracherecht und die Kenntnis über die tatsächliche Entwicklung der Universität zu ermöglichen. Dies gilt nicht nur für Verträge die das Präsidium im Namen der Hochschule unterschreibt, sondern auch für solche, die von einzelnen Instituten, Exzellenzclustern oder anderen Stellen mit Unternehmen oder privaten Forschungseinrichtungen geschlossen werden.

Zusätzlich zu den „freiwilligen“ Regelungen im „Code of Conduct“ sollten die Richtlinien Eingang in die neue Grundordnung der TU finden. Die Aufgaben der zentralen Gremien müssen dabei so modifiziert werden, dass diese Regelungen absolut verpflichtend sind.

Kommentar: Die alternativlose Uni

War es die Entdeckung des „Rohstoffs Wissen“ als strategische Ressource durch die OECD in den 90er Jahren? Oder der Beschluss der Lissabonstrategie durch den europäischen Rat im Jahr 2000, die „Europa zum wettbewerbsstärksten und dynamischsten wissensgestützen Wirtschaftsraum der Welt“ machen sollte?

Wo man den Beginn der Entwicklung auch sucht, mittlerweile sind die Resultate sichtbar. Die Integration von Ausbildung und Forschung, Industrie und Wettbewerbspolitik in der „unternehmerischen Hochschule“ ist emprisch zu beobachten.

Schöne Beispiele bietet unsere Hochschule. Da gibt es Forschungsgebiete, die wahrhaft von Praxisnähe zeugen und jede Menge „Output“ versprechen. Etwa die Erzeugung von Legitimationswissen für die Privatisierung der Gesundheitsvorsorge und die Entfernung von Gewerkschafter_innen aus den Aufsichtsräten. Oder auch das technische Know-how für personalisierte Satellitenortung. Vielleicht

sind es aber auch begründete Zweifel an den „Allheilkräften“ des Marktes, jener nicht weiter begründbaren Vorannahme des Neoliberalismus, welcher angesichts einer staatlichen Politik der Überführung jeder Form von Öffentlichkeit in die Sphäre der Verwertung nie „liberal“ war. Jedenfalls ist die veränderte gesellschaftliche Rolle der Hochschulen in letzter Zeit zunehmend Gegenstand des öffentlichen Interesses.

Sei es die gleichzeitige Hierarchisierung und Vereinheitlichung der wissenschaftlichen Tätigkeit, die Degradierung von Studierenden zu Kunden oder die Privatisierung von Wissen. Die Diskrepanz zum guten, alten Humboldt ist offensichtlich geworden, wird aber in der Regel auf unzulässige Weise vereinfacht. Auch unser Präsident, Herr Steinbach, bedient sich dieser Vereinfachung wenn er von einem „gesunden“ Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Forschung an der TU spricht , nämlich 2:1. (siehe Interview mit 3Sat nano vom 20. März 2012)

Eine Kritik an den Zuständen dagegen muss sich bewusst sein, dass wir es nicht einfach mit einer Kolonisierung von Wissenschaft und Bildung durch die Wirtschaft zu tun haben. Denn eine ökonomische Funktion hatten die Hochschulen schon immer zu erfüllen. Humboldt hatte nur das Glück, dass seiner Zeit die freie, geistige Entfaltung der privilegierten Minderheit, der er angehörte, mit dieser Funktion zusammenfiel.

Der jüngste Wandel folgt der deutsch-europäischen Verwertungs- und Standortpolitik. Das heißt, er dient zum einen der Subventionierung des einheimischen Kapitals, nach dem sich Vollbeschäftigung und blühende Landschaften nicht mehr von allein einstellen wollten. Zum anderen geht es um die Etablierung eines neuen Verwertungsfeldes auf dem man der Konkurrenz von Anfang an voraus ist. Dabei erfahren die Bildungsinstitutionen einen grundlegenden Wandel.

Während die Foschung eine drittmittelgesteuerte Spezialisierung auf die Bedürfnisse der Industrie erfährt, werden die Studieninhalte immer mehr formalisiert. Es geht ums skills statt um die Meisterung einer wissenschaftlichen Disziplin. Angesichts der Anforderungen an die flexible Arbeitskraft von heute, dient die Universität so auch dem notwendigen „Interesse“ der Studierenden an einer Berufsqualifikation. Für eine im engeren Sinne wissenschaftlich arbeitende Elite wird derweil in irgendeiner Exzellenz-Klitsche Platz geschaffen

Die Alternativlosigkeit des „Hochschulmanagements“ ist auch Präsident Steinbach bewusst: „Wir sitzen am kürzeren Hebel“. Die neue Unabhängigkeit der Hochschule entspricht der Forschungsfreiheit eines Prof. Dr. Lehrstuhlmanager, wenn er gerade die Zitationsfähigkeit von Publikationen optimiert oder dem „Controlling“ Rechenschaft über sein Tun ablegen muss, zwecks „Evaluation“.

Aber auch mit einer freigiebigeren Finanzierung durch Bund oder Länder wird der permanenten Bildungskrise nicht beizukommen sein. Sie widerspräche nicht nur dem allgemeinen Trend zur „Einsparung“, sondern landet auch immer wieder bei den selben Widersprüchen zwischen Rentabilität und Freiheit, bestmöglicher Ausbildung des Einzelnen und sozialer Verträglichkeit, Exzellenz und der Offenheit für alle.

Was bleibt, ist das Geschehen in der Parallelgesellschaft „Universität“ als Teil der martktwirtschaftlichen Totalität zu begreifen. Und angesichts dessen umso nachdrücklicher eine andere Form der Wirtschaftlichkeit zu fordern: Eine Wirtschaftlichkeit die den Bedürfnissen der Menschen, nicht dem Zwang zur Profitsteigerung folgt. Die längst überfällige Internationalisierung, die der deutsche Bildungsbetrieb in seiner neuen Form immerhin erfährt, sollte dafür als zusätzliche Chance begriffen werden.

REFLEX_ION ZUSAMMEN_DENKEN

Für Einige begann es damit, dass sie zu Anfang des Semesters ihrer Mindestlehre beraubt waren.

Für Andere begann es mit der Entdeckung der besonderen Qualität einiger Seminare und der geschaffenen Tatsache, dass diese zum Teil schon sehr bald ihrer Möglichkeitsbedingungen beraubt sein würden.

Wenn sich Ihre Standpunkte auch voneinander unterscheiden mögen, so ist Ihnen doch eines gemeinsam: Sie haben einen Widerspruch entdeckt oder er ist ihnen gar auf die Füße gefallen. Nun ließe er sich mit mehr oder minder großem Aufwand zur Seite schieben, um den vorgezeichenten Weg unbeschwert fortsetzen zu können. Manche aber begannen zu fragen: Woher? Wieso? Warum?

Noch vor der Frage, was es für uns bedeutet der Universität als Institution anzugehören, Student_in zu sein, steht der Ärger über enttäuschte Erwartungen. Sei es die, das Studium schnell zu beenden, um nicht den Rest des Lebens langweilige Jobs für wenig Geld zu verrichten oder jene, Zeit und Raum zu haben für Bildung, die mehr als Wissen bedeutet, die Adorno einmal als die Reichhaltigkeit der persönlichen Erfahrung und die Möglichkeit ihrer Reflexion bestimmte. Aus welcher Richtung sie auch kommt, die Enttäuschung ist da und sie hat einen – nicht immer ganz offenkundigen - Sinn. Aufklärung kommt nicht von oben. Sie ist zunächst etwas Inneres, ganz Persönliches, das unter den Schutz des Privatseins gestellt wird. Aber der Zorn über die Gebaren einer aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bildungsanstalt sollte der Öffentlichkeit ebenso wenig vorenthalten bleiben, wie die „privatrechtlichen“ Verträge, die diese mit wem-auch-immer schließt.

Die Autor_innen bedienen sich hier eines Arguments, dass sie nicht kennen würden, gäbe es nicht die ein oder andere Keimzelle kritischen Denkens an dieser Universität. Solche hängen allerdings nicht selten am persönlichen Einsatz Einzelner. Manche versetzen sich selbst in die Lage, für sich und Andere Verantwortung zu übernehmen, und manche können oder wollen dies nicht. Im Ergebnis tragen Wenige Verantwortung für Viele.

Aber sollte es nicht genau so sein, dass die „Großen“ (z.B. Institutionen des öffentlichen Rechts wie eine Universität) Verantwortung für die „Kleinen“ (Privatpersonen, die der öffentlichen Ordnung mehr oder minder ausgesetzt sind), und bestenfalls alle füreinander, Verantwortung übernehmen?

Nein? Dann, sei noch gesagt: Ein jedes Individuum entsteht aus der totalen Abhängigkeit von anderen. Menschen? Nun, ja. Institutionen? Ja, eine Mutter ist auch eine.

Und Studierenden-Initiativen sind auch welche. Eine neue hat sich soeben gegründet. Unter dem Arbeitstitel REFLEX_ION hat sie sich zum Ziel gesetzt, die Diskussion um die strukturelle Entwicklung der TU Berlin aus den ebenso langweiligen, wie exklusiven und letztlich machtlosen Versammlungsräumen der „Mitbestimmung“ zu holen und ihr eine längst überfällige, kollektive Form zu geben. Je mehr dies gelingt, umso heißer kann der Sommer werden.

Fragen und Anregungen für REFLEX_ION bitte an den den Mailkontakt des Referats für Wissenschafts- und Technikkritik (witek@asta.tu-berlin.de) oder auf einem Treffen, dienstags 14 Uhr im AStA-Keller.

Veranstaltungen sind in Planung. Ankündigungen findet ihr demnächst unter asta.tu-berlin.de

REFLEX_ION.Irritation
24.04.2012, 16 Uhr, Lichthof
REFLEX_ION.Diskussion_Podium
REFLEX_ION.Information
REFLEX_ION.Zusammen_Denken
Workshop
REFLEX_ION.Emotion_Bedenken
Workshop
REFLEX_ION.Konfrontation_Aquarium
22.05.2012, 16 Uhr, Lichthof
REFLEX_ION.Transpiration
15.06.2012 AStA-Sommerfest

Der Bildungsexportweltmeister TU-Berlin und die ägyptische Revolution

TU Berlin, 18. Januar 2012: Mit einem Gala-Abend unter dem Titel „Eine neue Ära – Wissen schafft Zukunft“ wird für die Eröffnung des Satellitencampus El Gouna/Ägypten geworben, der im kommenden Wintersemester die ersten Studierenden aufnehmen soll. In der Ankündigung der Pressestelle hieß es: „Ein Jahr nach den Ereignissen rund um den Tahrir-Platz gilt es nun, die junge Revolution in Ägypten auf eine stabile Grundlage zu stellen“. Neben Präsident Steinbach und Rudolf Schäfer, Gründungspräsident von El Gouna, spricht auch Ramzy Ezzeldin Ramzy, Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Deutschland. Man ist sich einig: Nicht zuletzt mithilfe Deutschlands und durch die Kraft der Bildung sei Ägypten „im 21. Jahrhundert angekommen“ und stehe nun an der Schwelle zu Demokratie und Marktwirtschaft, deren zweifellose Unzertrennlichkeit der ebenfalls anwesende Ministerialrat für Bildung und Forschung, Peter Webers, noch einmal hervorhob. Der ägyptische Kulturattaché – genau wie der Botschafter noch aus dem Inventar der Ära Mubarak - wird nicht müde, die „Böswilligkeit und Häme“ des abgetretenen Präsidenten „gegenüber dem ägyptischen Volk“ im Nachgang anzuklagen. Auf einem Tisch mit Informationsmaterial liegen Broschüren des State Information Service. „January 25th Revolution – Erupted By The People & Protected By The Army“ heißt es auf dem Titel; die Ästhetik folgt konsequent dem Schwarz-Weiß-Rot der ägyptischen Nationalfarben. Werfen wir einen Blick auf die Dinge, die sich währenddessen in Ägypten ereignen, können wir uns nur fragen: In welcher Welt leben die eigentlich?

Auch dort bereitet man sich auf den Jahrestag des Aufstandes vom 25. Januar vor. Trotz erfolgter Parlamentswahlen wird Ägypten noch immer autokratisch regiert. Während der uneingeschränkt herrschende Militärrat einen gigantischen Festakt plant, ruft die Opposition zu Generalstreik und zivilem Ungehorsam auf. Unter den Parolen „Nieder mit der Militärherrschaft“ und „Das Volk will den Sturz des Feldmarschalls“ demonstrierten schließlich 9 Millionen Menschen (liberationnews.org) auf den Straßen Kairos. Denn die Methoden des Regimes haben sich nicht geändert: Zensur von Internet und Rundfunk, Razzien bei unabhängigen Gewerkschaften und NGOs, willkürliche Verhaftung, Folter, Vergewaltigung, der Einsatz von bezahlten Schlägern und Heckenschützen. Laut Human Rights Watch wurden bis November letzten Jahres 12.000 Zivilist_innen vor ein Militärgericht gestellt – das sind sechsmal so viele wie in den 30 Jahren von Mubaraks Amtszeit. Mindestens 1000 Demonstrant_innen wurden getötet. Durch gezielte Provokationen, wie im Dezember bei einem Fußballspiel in Port Said (Pascal Weber, Korrespondent des Schweizer Fernsehens), die bewusste Zurückhaltung von lebenswichtigen Gütern (Georg Ishak auf qantara.de) und die Denunzierung der Opposition als vom Ausland bzw. von „Juden“ gelenkt, versucht das Militär Konflikte in der Bevölkerung anzuheizen, um sich anschließend als „Bewahrer der Ordnung“ zu stilisieren. Westliche Regierungen, die auf eine schnellstmögliche wirtschaftliche Stabilisierung des Landes drängen, stärken seine Position zusätzlich.

Der Protest geht weiter. aljazzeva.com meldet am 2. März 2012: „Thousands of Egyptian students are protesting against a decision by the German University of Cairo to expel two students who showed a documentary exposing mistreatment by Egypt's military forces.“ (aljazeera.com). Quelle: Twitter - Mostafa Sheshtawy #GUC

Von einem „Machtwechsel“ in Ägypten zu sprechen ist offensichtlich falsch. Es ist kein Geheimnis, dass das Militär seit einem Putsch im Jahre 1952 die eigentliche Herrschaft ausübt. Laut Angaben von Regimekritikern sind 30 bis 40 Prozent der ägyptischen Unternehmen in Militärbesitz. Der Aufstand des letzten Jahres wurde lediglich genutzt, um mit Mubarak einen nicht länger haltbaren Repräsentanten loszuwerden - die Eliten blieben dieselben. Dem Westen fällt es nicht schwer in den inszenierten Jubel des Militärrates einzustimmen, da die bisherigen wirtschaftlichen und strategischen Vereinbarungen nicht gefährdet sind. Neben der Nutzung des Suezkanals als wichtigen Handelsweg, profitierte dieser in der vergangenen Zeit vor allem von einer Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes. In Ägypten steht eine zahlenmäßig kleine Oligarchie von Besitzenden einer verarmten Masse gegenüber. 40% der Bevölkerung leben von weniger als 2$ am Tag. Die Privatisierungen seit den 90er Jahren haben diese Situation noch verschärft, wie Politikwissenschaftler Andreas Teti betont (qantara.de).

Dabei ist auch der Bildungssektor betroffen. Während die 18 staatlichen Universitäten immer schlechter ausgestattet wurden, entwickelte sich ein wachsender privater Bildungsmarkt, zu dem jedoch nur die materiell Privilegierten Zugang haben. Auf diesen Markt drängt nun auch die TU Berlin mit dem Public-Private-Partnership-Campus El Gouna, der - in der deutschen Rechtsform der weiterbildenden Studiengänge - ausschließlich zahlungskräftiger Kundschaft offen steht. 5000 Euro pro Jahr betragen die Studiengebühren laut TU-International.

Dass „Bildungsexport“ mit rund 10 Milliarden Euro Umsatz im Jahr ein zukunftsträchtiger Markt ist, titelte die Wirtschaftswoche schon 2009. Der deutsche Kernmarkt liegt dabei auf dem Balkan, in Asien und Nordafrika, vor allem bei Ausbildungen für technische Berufe. Die BMBF-Initiative iMOVE – Training made in Germany verrät den Zweck: Neben einer Vertiefung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Aufträgen für deutsche Unternehmen gehe es auch um die Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Bildungsmarkt und die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte.

So finanziert das BMBF seit 2001 auch ein derzeit 38 Projekte umfassendes Programm des DAAD (Deutscher Akademischer Auslandsdienst) zur Unterstützung von „Studienangeboten deutscher Hochschulen im Ausland“. Auf dessen Homepage finden wir einen Beitrag, in dem Burkhard Rauhut, erfolgreicher Hochschulmanager und bis 2008 Rektor der HTW Aachen, zusammenfasst: „Zugegebenermaßen läuft letztlich alles darauf hinaus, einen wirtschaftlichen Vorteil für die Bundesrepublik Deutschland zu erzielen.“ Doch sieht er dabei noch ungenutztes Potential, denn was Marketing und Wirtschaftlichkeit betrifft, sind die deutschen Universitäten noch „an dem Punkt, an dem die Banken vor 30 Jahren waren.“ Konkret schlägt er ein Ende der „unsinnigen Gleichstellung von Ausländern mit Deutschen“ vor. Vorbereitende Studienkollegs sollten geschlossen, die jungen Akademiker_innen statt dessen durch Bildungs-Zweigstellen in ihrem Heimatland angeworben werden. So können in Zukunft auch die Hochschulen dafür sorgen, dass Deutschland

nur die „richtigen“ Migrant_innen bekommt. Ein Nebeneffekt dieser Praxis, wie sie etwa von amerikanischen Universitäten schon länger praktiziert wird, ist der gefürchtete „Brain Drain“: Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus den ohnehin oft wenig entwickelten Ländern. Und eine weitere Frage drängt sich auf: Müssen bald alle Universitäten als Agenturen der deutschen Wirtschaft im Ausland agieren, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben?

Auch in El Gouna wird, etwa mit dem angegliederten Projekt WEB-TT – Water-Energy-Building – Training and Transfer, ein integraler Ansatz verfolgt, der alles bietet, wonach es deutschen Unternehmen verlangt. Neben der Orascom-Gruppe, die sich im Besitz des TU-Alumnus Samih Sawiris befindet und schon den Bau des Campus finanzierte, ist hier auch die „German Water Partnership“ beteiligt, ein gemeinsames Exportnetzwerk von Bundesministerien und Unternehmen aus der Wasserwirtschaft.

Der gemeinsame Marketing- und Propagandacoup von TU und ägyptischer Diplomatie folgte also durchaus der Vernunft, wenn auch nur der ökonomischen. Wenn es ums Geschäft geht, ist es eben scheißegal, wem man dafür die Hand schütteln muss. So entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, wenn Christian Hülshörster, Leiter der „Gruppe Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten“ des DAAD, an jenem Abend das Thema studentische Partizipation anspricht, um es zum „Nebenkriegsschauplatz“ zu erklären – kam es doch im März letzten Jahres zu einem Militäreinsatz gegen protestierende Student_innen auf dem Campus der German University of Cairo (GUC). Dabei handelt es sich um eine DAAD-geförderte Exportuni, die seinerzeit noch von Gerhard Schröder und Hosni Mubarak persönlich eingeweiht wurde. Schlechte Ausstattung, Mängel beim Lehrpersonal und willkürliche Erhöhungen der Studien- und Prüfungsgebühren ließen die Forderung nach einer Studierendengewerkschaft laut werden. Die Hochschulleitung, die auch mit Deutschen besetzt ist, unterband die Gründungsversuche. Als der Protest in der allgemeinen Aufbruchstimmung des letzten Jahres an Kraft gewann, rief sie das Militär zu Hilfe (german-foreign-policy.com). Ein Ereignis, das beispielhaft ist für die enge Zusammenarbeit deutscher Bildungskooperationen mit dem ägyptischen Regime. 2010 erhielt die Diktatorengattin Suzanne Mubarak, als Schirmherrin der Hochschulkooperationen, die Große Ehrenmedaille der Technischen Universität Berlin.

Ronny K.

Besuch vom Generalstab an der TU

„Wenn sie den Afghanen fragen ob der Steinigung toll findet, sagt der: Na klar!“

Am 30. November 2011 sprach „Oberstleutnant im Generalstab“ Christian Musche im Rahmen der Vorlesung „Neue Akteure in der Entwicklungspolitik“ an der TU Berlin. Die kritische Intention der von der Society for International Development (SID) organisierten Ringvorlesung, machte sich dabei leider nicht bemerkbar und der erhoffte Erkenntnisgewinn über die moderne Zivil-Militärische-Zusammenarbeit blieb so, zumindest für Zuhörer_innen ohne entsprechende Vorkenntnisse, aus. Auch die anschließende Diskussion konnte daran nicht viel ändern.

Mit militärisch präzisem Bürstenschnitt, aber in Zivil gekleidet, trat Christian Musche vor das Publikum. Er eröffnete sein Referat mit einigen Worten zu seinem Werdegang bei der Bundeswehr, der er beitrat um die „Reife“ zu erlangen, die er bei seinen großen Brüdern nach abgeleistetem Militärdienst zu sehen glaubte.

Zum Thema selbst wollte er vor allem klar stellen, was eigentlich den meisten bewusst sein sollte: Die Bundeswehr ist keine Truppe von Brunnenbauern, sondern die bewaffnete Interessenvertretung der deutschen Nation. Das ganze Drumherum diene vor allem dem Knüpfen von Beziehungen vor Ort und der Einschätzung der Zivilbevölkerung hinsichtlich ihrer Haltung zur Truppe, ihren Interessen, Motivationen und so weiter – alles was zur strategischen Planung von Interesse ist. Gemeinsame Aufbauarbeiten geschähen hingegen dort, wo sie dem Einsatz dienen. Zur Illustration schilderte er eine „Win-Win-Win-Situation“, wie er es nennt, aus dem afghanischen Alltag: Die lokale Bevölkerung wird zur Befestigung einer Straße für die Befahrung durch Panzer herangezogen. Die Armee spart Zeit und Lohnkosten und „der Afghane (sic!)“ bekommt, was er angeblich am Nötigsten braucht: Arbeit.

Doch die unbewusst zynische Ehrlichkeit des Heeresvertreters kennt seine Grenzen. Dass die im gezeigten Diagramm für zivil-militärische Netzwerke aufgeführten „tribal chiefs“ und „informellen Führer und Milizen“ nichts mit den „Feinden Afghanistans“, nämlich Drogenhändlern, Warlords und Islamisten zu tun hätten, ist angesichts der mehrfach unter Beweis gestellten mangelhaften Differenzierungsfähigkeit der deutschen Truppen (Stichwort Kunduz) schwer zu glauben. Und schließlich ist die Bestechung von Privatarmeen und Glaubenskriegern seit jeher Bestandteil westlicher Interventionen in Afghanistan. Erinnern wir uns nur an die großzügigen Beihilfen zum Kampf der Mudschaheddin gegen die Sowjetunion in den 80er Jahren, in desssen Verlauf die Taliban überhaupt erst zur Macht wurden.

Aber Musche ist als hoher Offizier beim Bundesverteidigungsministerium auch in politischer Verantwortung und dementsprechend in seinen Ausführungen auf dem neuesten Stand der Regierungserklärungen. Die Unterscheidung von „Taliban insgesamt“ und „militanten Kräften aus deren Millieu“ sei ihm wichtig. Unter diesen Umständen werden zu den gerade in Petersberg bei Bonn stattfindenden Verhandlungen zur Machtübergabe in Afghanistan wohl sicher nur „gemäßigte“ Islamisten, Warlords und Drogenhändler eingeladen. Dazu Musche sinngemäß: Eine nachhaltige Beilegung des Konflikts erfordere die Einbeziehung aller Konfliktparteien. Hier kommt nicht zuletzt zum Tragen, was er anschaulich als „interkulturelle Kompetenz“ der Bundeswehr demonstrierte: „Wenn sie den Afghanen fragen ob der Steinigung toll findet, sagt der: Na klar!“

Während sich die anschließende Diskussion mit allgemeinen Fragen zum Afghanistaneinsatz beschäftigte, geriet das eigentliche Thema aus dem Blick. Anhand einer Übersicht über die deutschen Gelder für Entwicklung und Aufbau in Afghanistan zeigte Musche, dass das Verteidigungsministerium mit rund 1,7 Mio Euro gegenüber den 250 Mio aus dem Etat der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) keinen wesentlichen Anteil hat.

Christian Musche, der sich selbst als „Vater“ der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium und der GIZ bezeichnet, sagte es zwar nicht, aber weiß es selbst am Besten: Wir haben es nicht mit einer Zivilisierung der Bundeswehr zu tun, sondern mit einer Militarisierung der staatlichen Entwicklungsarbeit.

Dies hat seinen Grund im “deutschen Interesse“, das nicht nur in Afghanistan vor allem ein wirtschaftliches ist. Sicherheit bedeutet im politischen Jargon auch Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung – durch einen Platz an der Sonne des Weltmarktes. Das inzwischen zurückgesteckte Ziel einer Demokratisierung, meint eigentlich die Gewährleistung der viel beschworenen offenen Märkte – offen für Investitionen der deutschen Wirtschaft. Für dieses Ziel wird in der Entwicklungsarbeit ein Grundstein gelegt, erste Kontakte und Aufträge werden unter staatlicher Subventionierung geschlossen. Und im Gegensatz zur Einhaltung der Menschenrechte, wird hier nicht so schnell aufgegeben. Um mit einem letzten Zitat unseres Gastredners zu schließen: „Afghanistan ist nicht alles.“

Ronny K.

„Wir sind gekommen, um zu bleiben!“

Zwischenresümee des Frauen-AStA

Seit Ende Oktober 2011 läuft das Projekt Frauen*AStA nun schon. Die neun Referentinnen haben ihre Arbeit mit viel Motivation aufgenommen. Zeit für eine kleine Reflexion. Ein Gespräch mit den Referentinnen

Die Idee einen Frauen*AStA zu gestalten, ist an der TU nicht neu. Schon vor einigen Jahren gab es einen AStA, dessen Referentinnen engagierte Frauen waren. Warum habt ihr aber gerade jetzt das Projekt nochmals aufgegriffen?

H: Die andauernde Debatte um Gleichstellung sollte auch an der TU Berlin mehr Gehör finden. Immer noch sitzen in den Gremien und auf Lehrstühlen hauptsächlich Männer. Zwar gibt es tolle Projekte die Frauen in der Wissenschaft - gerade in den Naturwissenschaften - fördern und ihnen einen Einstieg erleichtern sollen. Aber wir finden: Das ist nicht genug.

J: Auch haben wir ja Frauenbeauftragte. Aber dennoch - die Studentinnen selbst scheinen sich nicht aus ihrer Ecke raus zu trauen. Da wollten wir ein sichtbares Signal senden – dass auch Frauen sich trauen können, Verantwortung zu übernehmen.

L: Außerdem wollen wir gerade unsere kritische Einstellung gegenüber dem Leistungsdruck und den daraus resultierenden Zwängen betonen. Auch als Studentinnen und Frauen müssen wir das nicht unhinterfragt mitmachen.

Warum begnügt ihr euch nicht einfach mit Quoten?

L: Mensch will ja niemanden zur Arbeit zwingen. Die Referatsposten werden ehrenamtlich besetzt. Da sollte man eine große Portion Motivation und Ausdauer mitbringen. Das läuft alles neben dem Studium. Einige von uns müssen nebenbei noch einer bezahlten Arbeit nachgehen oder haben Kinder. Eine ehemalige Asta-Referentin drückte das so aus „Jede Frau, die aus diffusem Pflichtgefühl einen unbezahlten Posten annimmt, weil sonst die Quote nicht erfüllt wird, ist eine Frau zu viel.“ Dem stimme ich persönlich voll zu.

Ist das Thema denn immer noch so aktuell? Es gibt Stimmen die der Meinung sind, dass die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen nicht mehr zeitgemäß ist. Sie betrachten jeden Menschen abseits von Geschlechtsmerkmalen als gleichwertig.

S: Da stimmen wir zu. Deshalb ja auch immer das Sternchen beim Frauen*AStA. Aber nur weil Menschen das Thema als veraltet betrachten, hat sich noch lange nichts verändert. Gesellschaftlicher Wandel braucht bekanntlich Zeit. Und wir können uns ja alle noch an die Sprüche und die Meinungsmache der Medien erinnern, als wir das erste Mal eine Frau hatten, die sich ums Kanzleramt bewarb - egal ob man die vertretene Linie jetzt mag oder nicht. Gendermainstreaming – also die Gleichstellung der Geschlechter auf ALLEN gesellschaftlichen Ebenen ist noch lange nicht abgeschlossen.

J: Die Wahrnehmung als Frau und die damit verbundenen Zuschreibungen spuken doch noch immer in den Köpfen der Menschen rum. Als Frau wird man viel öfter gefragt, ob man das kann oder der Situation gewachsen ist. Deshalb haben wir uns überlegt das einfach praktisch zu zeigen – wenn auch nur für ein Jahr.

C: Genau. Einfach so tun als wäre schon alles erreicht deutet nur darauf hin, dass Probleme ignoriert werden. War bzw. ist ja beim Umweltschutz auch oft so. Schon bei uns an der Uni ist es sichtbar - in Gremiensitzungen, bei Berufungen für Professorenstellen - da herrscht noch immer Frauenmangel. Diese Schieflage sollte also weiterhin offen thematisiert werden – und ist deshalb auch noch immer aktuell.

Habt ihr dafür eine Erklärung?

L: Nein nicht wirklich - Mensch kann nur mutmaßen. Aber sicher fängt es schon früh in der Sozialisation an. Unabhängig von der biologischen Unterscheidung von Geschlecht gibt es eben auch die gesellschaftliche. Man wird eben nicht als Frau oder Mann geboren sondern dazu gemacht. Das merkt man doch schon im Studium. Frauen können angeblich Sprachen besser und Männer Mathe. Das wurde den Menschen über Generationen so anerzogen und eingeredet. Deshalb trauen Frauen sich seltener beispielsweise ein Ingenieursstudium zu.

J: Ich denke, dass es Männern wesentlich schwerer fällt ihre Privilegien aufzugeben. Sie klammern sich gern daran.

S: Außerdem ändert es wohl einiges im Habitus, wenn auf einmal eine Frau mit am Tisch sitzt. Die meisten Entscheidungsträger sind Männer – und deshalb stellen sie zum Beispiel auch lieber wieder Männer ein. Da weiß Mann eben woran er ist!

War das letzte Jahr für euch ein Erfolg?

H: Es war ein erfolgreicher Anfang. Ganz oben auf unserer Prioritätenliste steht die Veränderung in der studentischen und akademischen Selbstverwaltung. Dem sind wir ein Stück näher gekommen. Durch das eindeutige Votum des Studierendenparlaments für den Frauen*AStA und die breite Unterstützung aller vertretenden Listen haben wir bereits eins erreicht, dass Thema ist zurück in den Köpfen der Studierenden.

S: Die Strukturen „hegemonialer Männlichkeit“ konnten wir aufbrechen und damit neuen Raum schaffen für aktive und engagierte Menschen die sich vorher vielleicht nicht trauten.

J: Ich hab im letzten Semester die Arbeit im bildungspolitischen Referat übernommen. Motiviert an der studentischen Selbstverwaltung mitzumachen bin ich seit Beginn meines Studium, war anfangs aber nur in meiner INI aktiv. Im AStA habe ich eine weitere und größere Plattform gefunden mich für die Rechte der Studis einzusetzen.

Wie soll es weiter gehen?

L: Nun es ist immer noch viel zu tun. Wir müssen weiterhin unsere Arbeit sichtbar machen. Dabei geht es ja nicht nur um das Aufbrechen verhärteter Strukturen sondern auch um kritisches Hinterfragen bestehender Systemzustände.

S: Und mehr Studis dazu bringen sich an ihrer Hochschule zu engagieren und mitzugestalten – egal welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen.

Vielen Dank an Euch und viel Spaß im nächsten Semester.

StuPa-Wahl 2012

Vom 18.06.2012 bis zum 22.06.2012 wählen die Studierenden der TU Berlin zum 33. Mal (seit Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft) das Studierendenparlament (StuPa). Die verfasste Studierendenschaft setzt sich aus allen an der TUB eingeschriebenen Studierenden zusammen, also auch aus Dir. Das StuPa ist neben der Vollversammlung der Studierenden deren höchstes Organ. Es besteht aus bis zu 60 Mitgliedern, legt den Haushalt der Studierendenschaft fest, der sich aus Euren Mitgliedsbeiträgen speist, und trifft Beschlüsse zu grundlegenden Themen. Daneben verabschiedet es Stellungnahmen und Resolutionen zu hochschulpolitischen Themen oder Angelegenheiten, die das Zusammenarbeiten und Leben auf dem Campus betreffen. Und es wählt den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), als ausführendes Organ der Studierendenschaft. Bei der Wahl zum Studierendenparlament habt ihr eine Stimme, ihr könnt also eine_n Kandidat_in wählen.

Selbst zur Wahl antreten, also Euch zur Wahl stellen und wählen lassen, könnt Ihr mittels einem eigenen Wahlvorschlag, einer sog. Liste. Diese muss mindestens 5 Kandidaten umfassen und darüber hinaus noch 5 Leute als Unterstützende gewinnen, die aber einfach nur unterschreiben müssen. Formulare dafür gibt es auf der Seite des studentischen Wahlvorstandes oder im Büro des AStA. Dort könnt Ihr auch Fragen stellen zu dem Vorgang, wenn Euch noch was unklar sein sollte. Abgabeschluss für die Listen ist am Freitag, den 11.05.2012 um 15 Uhr beim Zentralen Wahlvorstand im Raum H 2028. Ausnahmen gibt es, wie manche schon leidvoll erfahren mussten, keine.

www.studwv.tu-berlin.de

Schon wieder: TU AStA zieht um

Den AStA findest Du ab diesem Sommer (voraussichtlich Juni/Juli) nicht mehr an „gewohnter" Stelle im Keller des Erweiterungsbaus, sondern im Gebäude Thermodynamik und Kältetechnik (TK). Wie es dazu kam und warum wir das gut finden, erfährst du hier.

Die Vorgeschichte

Dein AStA, seit Jahrzehnten von den Fachbereichs-Initiativen und anderen Studi-nahen Gruppierungen getragen, setzte sich stets für das Wohl der Studierenden der TUB ein. Dafür besaß er Räume in der alten TU-eigenen Stadtvilla hinter dem Mathegebäude, der so genannten Villa Bel. Knapp 480m², verteilt auf drei Etagen, mag im ersten Moment viel erscheinen, aber es war zur Erfüllung der Aufgaben gerade ausreichend.

Im Jahr 2006 erlangte der RCDS, die Partei-Hochschulgruppe der CDU mittels vieler, als alternativ getarnter Listen eine Mehrheit im Studierendenparlament (StuPa) und wählte sich in den AStA. Schon unmittelbar danach war das Service-Angebot für Studierende quasi nicht mehr existent. Nachdem der RCDS mitsamt seiner Tarnlisten 2007 abgewählt wurde, verzögerten sie mittels Klagen die Konstituierung des StuPa und damit die Neuwahl des AStA um fast ein Jahr. Spätestens ab dieser StuPa-Wahl beschlossen sie wohl, für ihre Nachfolger_innen und für die vertretene Studierendenschaft nur „verbrannte Erde" zu hinterlassen. Erst wurde dieAStA-eigene Druckerei unter Wert verscherbelt und dann zogen sie in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in unzureichende, dunkle Kellerräume im Erweiterungsbau.

Von den einst 480m² und 18 Räumen blieben 190m² in 8 Räumen. Das reicht natürlich hinten und vorne nicht.

Der Kampf um neue Räume

Nach einigen vergeblichen Versuchen, die Uni-Verwaltung davon zu überzeugen, uns wieder zurück in die Villa Bel ziehen zu lassen, resignierten die meisten damaligen Referent_innen und Angestellten und versuchten aus der Enge dieser Gemäuer das Beste zu machen und wieder irgendwie arbeitsfähig zu werden. Zum Teil wurden und werden Arbeitstreffen in Räume von Fachbereichs-Initiativen und in Privat-Wohnungen der Referent_innen verlegt, da die parallele Arbeit vieler Gruppen im EB-Keller unmöglich war und ist.

Im August 2010 begann ein erneuter Anlauf, adäquate Räume für den AStA zu erhalten. Einzelne Personen investierten Monate an Arbeit, um ein umfangreiches Nutzungskonzept zu erstellen, das den realen Raumbedarf des AStA darlegte, um dann in Verhandlungen mit dem Präsidium der TU und der Bauabteilung eine Lösung zu finden. Letztlich wurden sogar auf eigene Faust ganze Gebäude durchforstet, auf der Suche nach ungenutzter Fläche oder Fachgebieten, die im Verhältnis zur gesamten TU eine viel zu luxuriöse Raumausstattung aufweisen. Dabei wurden die unermüdlichen „Einzelkämpfer der Raumfront" sogar fündig und unterbreiteten der TU ein Angebot. Doch spätestens jetzt, als die Verhandelnden auf TU-Seite uns mit Scheinangeboten und Beteuerungen nicht länger hinhalten konnten und endlich handeln mussten, jetzt ...gab es Stillstand.

Die gefundenen Räume stellten gegenüber dem Raumbedarf des AStAs bereits einen (starken) Kompromiss dar, trotzdem ging die TU-Verwaltung nicht darauf ein.

Mit der Unterstützung vieler Helfer_innen gelang es im April 2011 den alten Bibliothekssaal im Hauptgebäude (H 3503) zu besetzen und somit zumindest für einige Beratungsangebote und eine Vielzahl von Arbeitstreffen Raum zu schaffen.

Und plötzlich zeigte sich die Uni-Verwaltung wieder gesprächsbereit. Schließlich wollten sie die Besetzung dieses prestigeträchtigen Raum am Lichthof so schnell wie möglich beenden.

Nach weiteren langen Verhandlungen folgte ein Angebot seitens der TU-Verwaltung von Räumen im Z-Gebäude. Es handelte sich um 12 Räume mit insgesamt 341m². Dies bedeutete weiterhin starke Einschnitte, fernab einer optimalen Ausstattung, dennoch nahmen wir dieses Angebot widerwillig an. Merkwürdigerweise geschah weitere 3 Monate nichts. Auf Nachfragen hin, waren die Räume plötzlich nicht mehr verfügbar. Einige Monate und einige hundert Stunden unermüdlichen Engagements später, ging im Dezember 2011 der Chef des Raummanagements der TU in den Ruhestand. Sein Nachfolger fand „quasi unter dessen reglosem Körper" das Unmögliche: Räume in relativ guter Lage, die leer stehen und weitestgehend unseren Anforderungen entsprechen, mit der Ausnahme, dass über 80% der Fläche nur über eine Treppe (ohne Aufzug) erreichbar sind und dass zwar genug Fläche, aber zu wenig getrennte Räume vorhanden sind.

Es folgten nochmals 8 Wochen harte Verhandlungen, da die Uni-Leitung natürlich nicht einsehen wollte, dass ein AStA für alle Studierenden erreichbar sein muss - auch jene für die eine Treppe ein unüberwindbares Hindernis darstellt. Weiterhin waren anfangs auch zwei läppische Trockenbauwände zur Raumteilung ein Problem.

Am 24. Februar wurde schließlich der Vertrag zum Ausbau und zur Überlassung der Räume beidseitig unterzeichnet.

Die neuen Räume

Das neue Domizil des AStA befindet sich auf dem Südcampus, an der Weg-Kreuzung: BH-Gebäude – Bibliothek und Hauptgebäude – Mensa.

Mit den 18 Räumen und 405m² können wir Euch nach dem Umbau ein stets breites Service-Angebot, von einer eigenständigen Bibliothek über Technik-Ausleihe bis hin zu (thematisch vielschichtigen) professionellen Beratungen anbieten.

Die Räume sollen ab Anfang Juni bezugsfertig sein. Wir werden Euch jedoch nochmal seperat informieren, wann genau wir umziehen. Dies kann durchaus auch erst in der vorlesungsfreien Zeit der Fall sein.

AStA-Technikpool

Es gibt Dinge, die sind in manchen Situationen unverzichtbar, lohnen sich jedoch nicht, sie individuell anzuschaffen. Deshalb ist es sinnvoll, technisches Equipment zu poolen und so möglichst vielen Leuten zugänglich zu machen.
Im Frühjahr 2011 schaffte der AStA für Euch einen solchen Technikpool, der seit dem mehrfach erweitert wurde. Im Unterschied zu anderen Verleihstellen, bekommt ihr unsere Technik allerdings kostenfrei. Ihr hinterlegt lediglich ein Pfand. Egal ob Ihr ein selbst organisiertes Seminar, eine Ini-Party oder eine Kundgebung machen wollt, beim Technikpool seid Ihr richtig. Ihr solltet aber im Hinterkopf haben, dass der AStA damit unkommerzielle, studentische Aktivitäten fördern möchte. Derzeit findet Ihr im Technikpool Beamer und Medienkoffer (Beamer+Laptop), eine hochwertige PA-Anlage, einen Stromerzeuger, eine mobile SoundBox, Megafone, Mikrofone, Funkgeräte, ein Lastenfahrrad und einiges mehr. Ganz frisch haben wir auch professionelle Lichttechnik reinbekommen. Die Sprechzeiten, die genauen Modalitäten und vor allem das Angebot findet Ihr auf der AStA-Webseite.

technikpool@asta.tu-berlin.de

„Es ist das Mindeste, sich die Geschichte bewusst zu machen“*

Rückblick auf die Ausstellung über sowjetische Kriegsgefangene

Anfang des Jahres zeigte der AStA zusammen mit dem deutsch-russischen Verein Kontakte e.V. die Ausstellung „Russenlager und Zwangsarbeit – Bilder und Erinnerungen sowjetischer Kriegsgefangener“ im Hauptgebäude der TU. Erstmals wurde sie in der HU im Juni 2011 gezeigt. Mehrere inhaltliche Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung fanden an der TU, an der HU, im Kontakte-Domizil und im Trinitatis Gemeindehaus statt. Da die Ausstellung z.T. heftige Reaktionen hervorrief wollen, wir zurückblicken und unsere Motivation noch einmal deutlich machen.

Für uns ist die Ausstellung eine exemplarische Sammlung von emphatischen Berichten, die einen differenzierten Blick auf die Verbrechen der Wehrmacht und auf historische Zusammenhänge ermöglichen. Allgemein hinterlässt sie Bedrückung, Scham und bei einigen Wut. Gleichzeitig aber auch eine klare Haltung gegen Zwangsarbeit, gegen Internierung und vor allem gegen Krieg. Das pazifistische Moment war uns dabei besonders wichtig.

Wir registrieren derzeit beim Umgang mit dem Thema Rüstungsforschung eine zunehmende Entpolitisierung an unserer Hochschule. Diskussionen werden gemieden, kleingehalten und durch das Gerede von marktkonformer Lehre verunmöglicht.

Es scheint, als gäbe die TU-Berlin schleichend ihren Anspruch zur humanistischen Neuausrichtung nach dem Nationalsozialismus zu Gunsten wirtschaftlicher Zwänge auf. Denn die Thematisierung des Krieges, als die „Fortführung der Politik mit anderen Mitteln“, passt irgendwie nicht in diese Zeit – in den universitären Alltag.

Er passt, schon begrifflich, nicht in die Seminare, in Diplom- und schon gar nicht in Bachelorarbeiten. Die Kritik an der Komplizenschaft der Wissenschaften mit vergangenen und aktuellen Kriegen passt auch nicht in die universitären Gremien der TU Berlin. Zu moralisch, zu weltfremd, zu vergeistigt. Immer wieder bemüht sich der AStA diese „Verschwiegenheit“, so nannte es Peter Jahn (Museum Karlshorst) am 26. Januar, anzugreifen. Mit Protokollerklärungen, Artikeln, Veranstaltungen, Kongressen und eben auch mit Ausstellungen.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Verein Kontakte-Kontakty wollten wir uns eindeutig politisch positionieren. Gegen Geschichtsvergessenheit, Krieg und Kriegsvorbereitung. Wir haben dafür viel Anerkennung bekommen. Von Studierenden, vom Präsidium der TU, dem Referat für Außenbeziehungen und vor allem von den Gästen der Veranstaltungen. Erwartet hatten wir allerdings etwas mehr.

Zum Beispiel eine stärke Einbindung in Seminare und Vorlesungen. Aber auch die bewusste Aufnahme der Ausstellung in der TU-Außendarstellung wäre angebracht gewesen. Obwohl die Vizepräsidentin Frau Wendorf in ihrer Eröffnungsrede darauf einging, dass nach 1933 jüdischen WissenschaftlerInnen die Promotion an der TU verweigert wurde, scheint mit dem 2009 gestarteten Forschungsprojekt „Vertrieben Wissenschaft“ die historische Aufarbeitung der kriegswichtigen „Königlichen Technischen Hochschule Charlottenburg“ vollendet. Der deutliche Bruch nach 1945, mit der Einführung der Geisteswissenschaften (Fak 1) als Aufpasser der Ingenieure und der Zivilklausel (keine militärische Forschung) hat das Leitbild der TU geprägt, bröckelt aber zunehmend ab, wenn es nicht immer wieder zum Thema gemacht wird. Ein schönes Beispiel dafür war der Prof. für Neuere Geschichte Christian Jansen, der bei der Finissage über die Einbindung seiner Familie in die NS-Zwangsarbeit und gleichzeitig über die Abwicklung des Instituts für Geschichte berichtete.

Foto: Christian Jäger

v.l.n.r. Sergej Tsvetkov (Attaché der Russischen Botschaft), Eberhard Radczuweit (Kontakte e.V.), Gabriele Wendorf (3. Vizepräsidentin TU Berlin), Günther Saathoff (Stiftung-Erinnerung Versöhnung Zukunft)

Zugegeben, wir hatten mehr Studierende bei den Veranstaltungen erwartet. Umso mehr werden die Ausstellung aber durch Zufall, beim Vorbeigehen, am Audimax gesehen haben. „Schockierend“ sei sie und „ganz schön hart“. Und einhellig hieß es: „In dem Ausmaß haben wir davon bisher nicht gewusst.“

Offenbar haben wir hier etwas angestoßen, was Marcus Funck (Zentrum für Antisemitismusforschung) als „Prozess des historischen Lernens in der Gegenwart und für die Zukunft“ bezeichnet hat. Das „kollektive Gedächtnis“ das in Deutschland biografisch eher täterzentriert ist, wird durch die Geschichten und Perspektiven der verschiedenen Opfergruppen widerlegt, ergänzt und eben auch differenzierter. Sergej Tsvetkov, Attaché der russischen Botschaft wunderte sich bei der Ausstellungseröffnung, dass der Tag der Befreiung vom Faschismus in Deutschland eine so untergeordnete Rolle spielt. In Moskau würden derzeit schon die Gedenkfeiern zum 70igste Jahrestag am 9. Mai 2015 geplant.

Für einige Bundestagsabgeordnete war die Ausstellung an der TU Anlass sich zu informieren, um erneut einen Anlauf zur Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer des Nationalsozialismus durch den Bundestag zu starten. Der Leiter der Bundesstiftung Erinnerung Versöhnung Zukunft, Günter Saathoff zeigte sich bei der Eröffnung wenig optimistisch: Die Bundesregierung fürchtet finanzielle Ansprüche, falls die systematische Aushungerung der sowjetischen Kriegsgefangenen zur Anerkennung als NS-Opfer führt. Alex J. Kay (Historiker, Frankfurt/M.) hat in seinem Vortrag an der HU deutlich gemacht, dass die geplante Verknappung von Lebensmitteln und der Arbeitszwang in den Kriegsgefangenenlagern im Rußlandfeldzug ab 1941 Ausdruck des deutschen Rassismus gegenüber den Sowjetbürgern war.

Zum Abschluss möchten wir uns im Namen der Studierenden bei dem Verein Kontakte-Kontakty für die Möglichkeit bedanken, ihre Ausstellung hier präsentieren zu können. Unser Dank gilt auch den ReferentInnen der Begleitveranstaltungen für die Einblicke in ihre Arbeit und die spannenden Diskussionen.

Hilde Schramm (Stiftung Zurückgeben) hat bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Ausstellung angeregt die eigenen persönlichen Möglichkeiten zu nutzen, um das Anliegen der sowjetischen Kriegsgefangenen bekannter zu machen. Der Verein Kontakte hat bisher mehr als 2,6 Mio Euro als Geste für erlittenes Unrecht an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene ausgezahlt.

Auf youtube.com/astatuberlin könnt ihr die Veranstaltungen nachhören.

*Gabriele Wendorf, 3. Vizepräsidentin der TU, bei der Ausstellungseröffnung am 9. Januar

Theresienstadt-Ausstellung

Vom 25. April bis 30. Mai 2012 wird die Wanderausstellung „Die Mädchen von Zimmer 28, L410 Theresienstadt“ an der TU Berlin zu sehen sein.

Die Ausstellung besteht aus Informationstafeln und einem Nachbau des Zimmers 28, welches Teil des Mädchenheims im KZ Theresienstadt war. In jenem 30qm-Zimmer lebten in den Jahren 1943 und 1944 bis zu dreißig Mädchen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren. Betreut wurden sie von Erwachsenen, Häftlingen wie sie. Die Ausstellung erzählt anhand von Zeitdokumenten vom Alltag der Mädchen, von denen die meisten nicht überlebten - sie wurden weiter nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Neben den Transporten prägten aber auch Freundschaften, Solidarität, Lernen und geistiger Widerstand das Leben der jungen jüdischen Häftlinge. Unter anderem studierten sie die Kinderoper Brundibar ein und brachten sie auf die Bühne. „Die Ausstellung erfüllt zwei wesentliche Wünsche der überlebenden Frauen: an die Freunde zu erinnern und an all jene, die im Holocaust ermordet wurden; und das Engagement jener Erwachsenen in Theresienstadt zu würdigen, die alles dafür taten, um die Kinder „vor der Entwertung des Guten“ (Fredy Hirsch) zu retten.“, so Hannelore Brenner-Wonschick, die Kuratorin der Ausstellung.

TERMINE

25. April bis 30. Mai 2012 „Die Mädchen von Zimmer 28, L410 Theresienstadt“ im Hauptgebäude der TU Berlin, Straße des 17. Juni 145. Im Erdgeschoss im Foyer vor dem Cafe Wetterleuchten werden die Ausstellungstafeln bis zum 30.5. gezeigt und im Raum H2035 wird der Nachbau bis zum 22.5. zu sehen sein.

Mittwoch, 25.4. 18 Uhr Vernissage Mit musikalischer Begleitung durch Studierende der UdK. Im Lichthof der TU.

Mittwoch 2.5. 19 Uhr Filmabend mit Einführung im H2036 Theresienstadt und die NS-Propaganda „Kurt Gerron - Gefangen im Paradies“, Dokumentation 87 Min., Kanada/USA/GB/Deutschland 2002, R: Malcolm Clarke, Stuart Sender

Mittwoch 9.5. 19 Uhr Filmabend mit Einführung im H2036 Das Rote Kreuz in Theresienstadt „Ein Lebender geht vorbei“ (OmU), Dokumentation 65 Min., Frankreich 1997, R: Claude Lanzmann

Samstag 12.5. 14 Uhr Lesung in der UdK, Raum 310 Hardenbergstr.33, Helgas Tagebuch. Ein Mädchen von Zimmer 28. Mit Helga Kinsky (Wien) und der Autorin Hannelore Brenner-Wonschick.

Infos: asta.tu-berlin.de/room28 & www.room28.net

Mittwoch 16.5. 19 Uhr Filmabend mit Einführung im H2037 Frühe Thematisierungen der Shoah im Ostblock „Daleká cesta / Distant Journey“ (OmU), Spielfilm 108 Min., Tschechoslowakei 1949, R: Alfréd Radok

Mittwoch 23.5. 19 Uhr Filmabend mit Einführung im H2035 Hollywood und der Nationalsozialismus „Sein oder Nichtsein“ (OmU) Spielfilm 99 Min., USA 1942, R: Ernst Lubitsch

Mittwoch 30.5. 18 Uhr Finissage im EB407 Es sprechen Dr. Carina Baganz (ZfA) zur Technischen Hochschule Berlin während des Nationalsozialismus und Dr. Rainer Erb (ZfA) über Gedenkpraxis vor 50 Jahren und heute.

Linke Medienakademie

Bericht: Frauen-Workshop

Donnerstagnachmittag, 16:30 Uhr im Plenarium des AStA: Eine bunte Runde von Menschen (Männer* wie Frauen*) trifft sich, um am LiMA-Workshop des Frauen*-AStA „Mediale Darstellung von und durch Frauen* in Politik und Gremien“ teilzunehmen. Was wurde als Inhalt transportiert?

Erstens die Erkenntnis, dass die Gesellschaft in der wir leben aus einer „männlichen Perspektive“ gedacht und gestaltet wird. Für Frauen* ist es also immer noch eine Herausforderung sich in dieser maskulinen Umgebung nicht nur zu behaupten, sondern eine autonome Position zu finden. Der zweite Aspekt zieht daraus die Konsequenz, dass eine kritische Masse von Menschen notwendig ist und bleibt, die das Thema der Gleichstellung auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiterhin thematisieren und sichtbar machen. Gerade für versteckte und subtile Diskriminierung, wie sie im Alltag häufig auftritt, ist eine besondere Sensibilisierung des Einzelnen notwendig.

Dieses Ergebnis ist einleuchtend, könnte man nun meinen. So einfach ist es denn aber auch nicht. Der Zeitrahmen des Workshops war gut ausgenutzt und aus dem Erfahrungspool jedes Einzelnen wurde deutlich, dass sehr unterschiedliche Wahrnehmungen hinsichtlich der Thematik existieren.

Desillusioniert waren wir z.B., als wir erfuhren, dass ein thematischer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit der Frauenbeauftragten die sogenannten „Role Models“ sind, ein zweischneidiges Mittel. Dabei handelt es sich um das Konzept des Aufzeigens verschiedenster Vorbilder – im Falle der TU das Aufzeigen erfolgreicher Wissenschaftlerinnen. Dahinter steckt der Wunsch junge Frauen zur Aufnahme eine technischen bzw. naturwissenschaftlichen Studiums zu bringen. Leider findet auch dies nur durch gängige – männlich geprägte Zuschreibungen statt. Dieser Ansatz steht im krassen Gegensatz zur Forderung nach Selbstbestimmung.

Neben viel Kritik fand sich dennoch genug Raum um verschiedene umsetzbare Ideen zusammenzutragen. Angefangen bei einem Leitfaden zur Sensibilisierung für diskriminierendes Verhalten gegenüber Frauen* bis hin zum Adbusting von Frauen*diskriminierender Werbung und dem Wunsch öfter Workshops oder Info-Veranstaltungen zum Thema zu machen. Auf jeden Fall war der Workshop ein Erfolg und wir als Frauen*Asta werden Gendermainstreaming als unsere Aufgabe weiterhin zum Thema machen!

Suizide an der TU

Prüfungsangst, Depressionen, Lebenskrisen: Probleme mit denen viele Studis konfrontiert sind. Manchmal können Psychosen bis in den Selbstmord führen. Auch die TU Berlin ist damit konfrontiert und muss damit umgehen. Schätzungen zufolge nimmt sich ca. 1 Studi pro Jahr auf dem TU Gelände das Leben. Wichtig ist eine Sensibilisierung von Lehrenden für das Thema. Sie sollten lernen, Alarmsignale zu interpretieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Auch sollten diese die rechtliche Möglichkeit haben, mit flexiblen Prüfungsformen und Fristen auf die Situation der betreffenden Studis einzuwirken und einen Ausweg zu finden. Die Universitätsleitung muss Maßnahmen ergreifen um solchen Situationen begegnen zu können, etwa durch Änderungen in den Prüfungsordnungen.

Achtet auch auf eure Kommiliton_Innen. Falls ihr Verdacht schöpft, dass der oder diejenige gefährdet ist, versucht auf ihn einzuwirken die psychologische Beratung oder den Berliner Krisendienst zu kontaktieren.

Berliner Krisentelefon 030/390 63 00
Psychologische Beratung TU-Berlin
Räume H60/H61
Tel: 030/314-24875 oder -25382
psychologische-beratung@tu-berlin.de

Freiräume: Ja, ist ernstgemeint

Zum Ende des i-Cafe im FR-Gebäude

Mit der voraussichtlichen Räumung des FR-Gebäudes im Herbst dieses Jahres geht ein Stück studentischer Selbstermächtigung dem Ende entgegen. 24 Jahre lang war bzw. ist das i-café in Selbstverwaltung der Studierenden. Die Zukunft ist ungewiss.

Wintersemester 1988/1989: Bei einer Vollversammlung der Informatik-Studierenden ist ein Boykott aller Lehrveranstaltung beschlossen worden, um bessere Studienbedingungen und eine Änderung der Prüfungsordnung zu erreichen. Der Raum FR0057 wurde besetzt. Tägliche Sitzungen des Aktionsrates und Koordination des Streiks waren die zentralen Funktionen des Raums. Nach Ende des Streiks blieb das i-café und wurde durch Druck der Studierenden durch einen Fachbereichsbeschluss legalisiert. Fernab von Systemgastronomie und Serviceorientierung durch Prekarisierung (Hallo Studentenwerk!) entwickelte sich das i-café zu einem interdisziplinären Raum in und um den diskutiert, gebüffelt und gefeiert wird. Zahlreiche Menschen haben zum i-café beigetragen, es verändert und geprägt.

Das i-café ist radikaldemokratisch organisiert. Alle Entscheidungen werden durch die zentrale Instanz des Plenums geregelt. Jeder kann mitbestimmen und mithelfen. Bei den immer wieder aufflammenden Studierendenstreiks (zuletzt 2010 beim bundesweiten Bildungsstreik) dient das i-café als eine Keimzelle kollektiver Organisierung. Studentische Freiräume sind auch immer ein Stück Vorschein darauf, dass eine andere Uni möglich ist. Radikaldemokratisch, kollektiv organisiert, entschleunigt, entspannt.

Doch nun steht das studentische Café vor dem Aus. Das Franklingebäude der TU wird von der Universität voraussichtlich im Herbst 2012 geräumt. Viele der ansässigen Institute und Institutionen sind bereits in die Planungen der TU eingeweiht worden. Das i-café hat allerdings keinen „offiziellen Status" im Range eines Instituts. Daher ist jetzt Druck von studentischer Seite nötig, um Freiraum zu erhalten und auszubauen. In den Planungen der TU muss studentisches Leben angemessen berücksichtigt werden. Vollversammlungen müssen organisiert werden, vielleicht sogar ein Aktionsrat gebildet werden. Ganz so wie 1988.

Artikel: Stanislas Prévine
Fotos: i-café-kollektiv

Unkommerziell Essen gehen

Außerhalb der Mensa preisgünstiges Essen zu bekommen wird in Berlin immer schwerer. Eine Auswahl regelmäßiger VoKüs (VolxKüche), die gutes Essen und Unterhaltung gegen geringe Spende bieten findet ihr auf **stressfaktor.squat.net**

tu-projects Projektorientiertes und gemeinsames Lernen

Ab dem 01.04.2012 können von Studierenden der TU Berlin wieder neue, selbst-initiierte studentische Projekte beantragt und durchgeführt werden. Bis zu fünf neue der sogenannten „tu-projects" werden 2012 von der Universität im Rahmen des „Hochschulpakts III" gefördert, 2013 kommen fünf weitere hinzu. Wie die bereits seit 1985 bestehenden und erfolgreichen „Projektwerkstätten" werden die tu-projects mit jeweils zwei TutorInnenstellen ausgestattet und haben eine Laufzeit von zwei Jahren.

Welches Ziel haben die tu-projects?

Mit tu-project soll projektorientiertes Lernen v.a. in den Bachelorstudiengängen stärker gefördert werden. Dabei werden der unmittelbare Praxis- und Forschungsbezug in die Lehre integriert und die Selbstorganisationsfähigkeit der Studierenden bereits in der Studieneingangsphase unterstützt.

Entsprechend des Leitbilds der TU Berlin liegt der Fokus auf interdisziplinären Projekten und auf Projekten mit Themen zur Nachhaltigkeit.

Was bringt es mir?

53% der Studierenden an der TU Berlin (im Bundesdurchschnitt 45%) wünschen sich mehr „Praxis" und „Anwendungsnähe" im Fachkontext des jeweiligen Studiengangs, sowie mehr Beteiligungsmöglichkeiten an Forschungsprojekten im Studium.

Das projektorientierte und gemeinsame Lernen in Peer Groups kann in vielfältiger Weise zur Motivation der Beteiligten beitragen und ermöglicht die Anwendung gelernten Wissens. Darüber hinaus wird die Kommunikationskompetenz geschult, und es entstehen studentische Arbeitsgemeinschaften, die oft auch über das Projekt hinaus im weiteren Studium bestehen bleiben.

Das klingt gut? Dann starte dein eigenes tu-project!

Schreibe zusammen mit einem/r anderen Studierenden vor Semesterbeginn (möglichst aus einem anderen Studiengang bzw. Fachsemester) einen Antrag auf Genehmigung zur Durchführung eines tu-projects und reiche ihn bei der TU - Kommission für Lehre und Studium (LSK) ein.

Der formlose Antrag soll eine Projektplanung für 2 Jahre beinhalten - im Idealfall werden neue Forschungsthemen bearbeitet („forschendes Lernen"). Die Anwendung bekannter Methoden auf neue Anwendungskontexte ist jedoch ebenfalls möglich.

Die AntragstellerInnen erhalten für die Laufzeit des Projekts Hilfskraftstellen mit 40h pro Monat und führen damit das Einzelprojekt eigenverantwortlich durch und koordinieren es.

Das Projekt wird dann zwei Jahre in einer Gruppe von 10-15 Studierenden bearbeitet. Es wäre wünschenswert, wenn ca. 20-30% der Projektteilnehmenden dabei aus dem ersten Studienjahr der Bachelorstudiengänge kommen.

Natürlich ist es auch möglich an einem der bereits laufenden Projektwerkstätten oder den neu startenden tu-projects teilzunehmen.

Alle Informationen sowie Ansprechpartner, die bei der Beantragung behilflich sind, findest du hier: www.tuprojects.tu-berlin.de
www.projektwerkstaetten.tu-berlin.de

Manuela Reinhard, Johannes Dietrich, ZEWK/ Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen kubus

Unitelefonnummern

vom Behördennetz 99411- | vom Berliner Ortsnetz 314- | TU-interne Auskunft wähle die 8

AStA TU-Berlin

Büro -25683
Bafög-und Sozialberatung -23960
AusländerInnenberatung -23960
Finanzreferat -27806
Autonome Referate -25254
Referateraum -21041
Koordinationsbüro -22989
Semesterticketbüro -28038

Studentische Räume & Initiativen an der TU

Atomic -21409
Café A -21807
Chemie-INI -26171
EB 104 -24423
Energieseminar -25280
Fachschaft Bauing -72083
Fachschaft Plangrün -22439
Fachschaftsteam -29442
Freitagsrunde -21386
i-café -73595
Ginut (Krit. Umweltschutz) -29454
Mathe-INI -21097
Nullstelle -29390
Physik-INI -22070
PlanWirtschaft -28056
Projektrat -28057
Projektwerkstätten TU -73396
UTEX -25803
Shila -26369

Immatrikulations-Amt

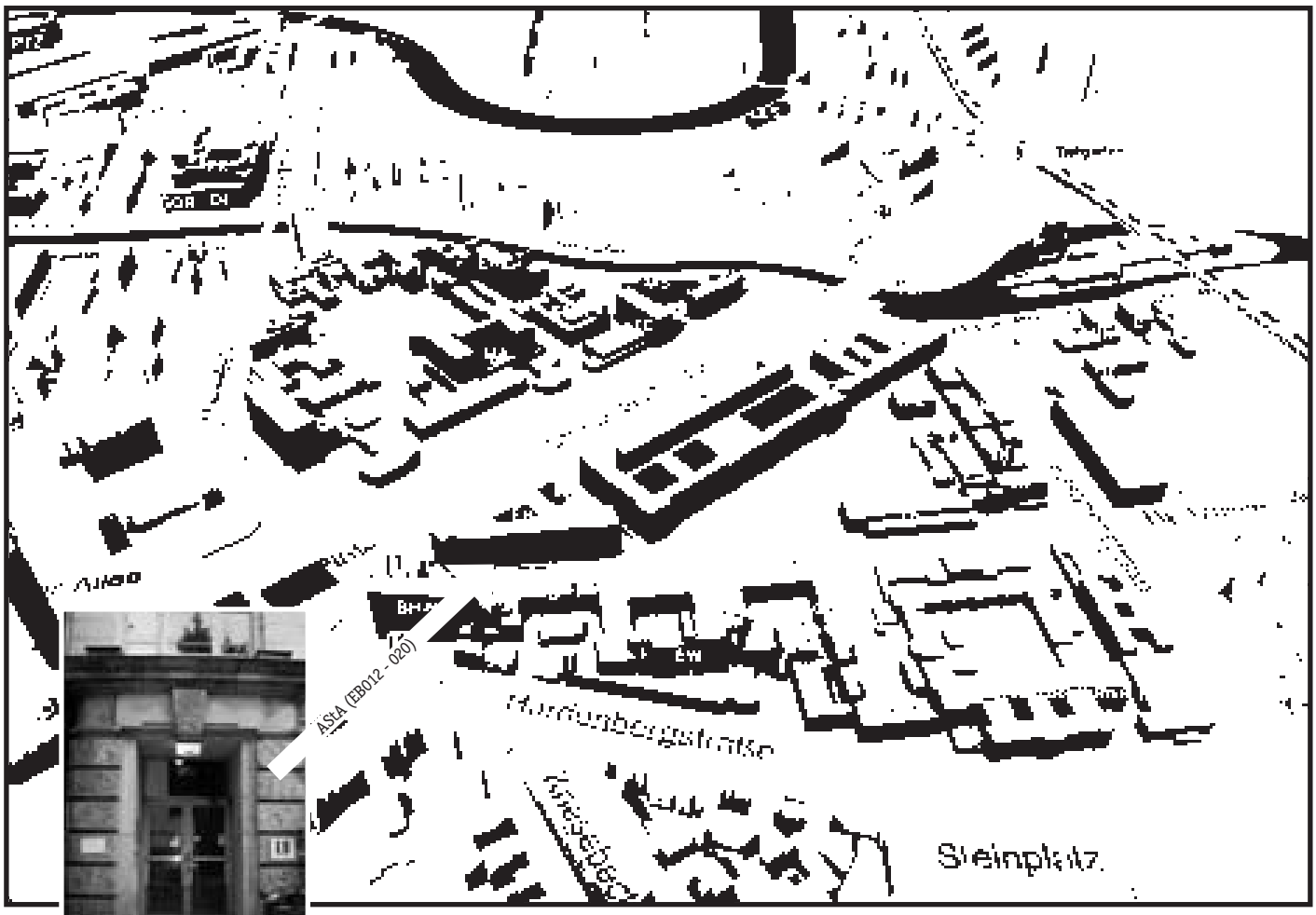
Biotech, (Lebensmittel-) Chemie, Lehrämter Stadt/Regionalplanung, Tech. Umweltschutz -21054
BauIng., BWL, EVT, E-Technik, Deutschkurs, Studienkolleg -21055
Soziologie, Medienberatung, Berufspädagogik, Psychologie -21056
Physik, PI, VWL, MaschBau, Promotion Infotech-Maschwesen, Zusatzstudium -21057
Architektur, Gebäudetechnik, Geowissenschaft, Informatik, LaPla, (Techno/Wirtschafts-)Mathe, Tech. Informatik, Verkehrswesen -21058

Prüfungsamt

Architektur,Gebäudetechnik, Informatik,Mathe,Technische Informatik -22559
BauIng,PI, BWL, Geo, Infotech-Maschwesen, VWL,WiIng -24971
EVT, Erziehungsw., Lehrämter, Medienberatung, Stadt- und Regionalplanung -22513
Biotech., Brautech., E-Tech., Lebensmittel-Tech., Getränke-Tech, Hüttenw, Maschbau, Werkstoffwi. -24992
Physik, Soziologie, Tech. Umweltschutz, Techno/Wirtschaftsmathe, Verkehrwesen, Vermessungsw. Berufspäd, (Lebensmittel-) Chemie, LaPla, Magister, Psycho -22509

Sonstige

Allgemeine Studienberatung -25606
Akademisches Auslandsamt -24694
Betreuung inter. Studierender -24359
Zentrale Frauenbeauftragte -26032/-21439/-73468
Personalrat d. student. Beschäftigten der TU -21724/-22351
Psychologische Beratung -24875



Wo ist der AStA? Im Erweiterungsbau (EB) beim Aufgang C rein und da eine halbe Treppe tiefer in den Keller. Dort gleich rechts ist der Zugang zu den AStA-Räumen.

Öffnungszeiten, Events, Tipps und Trix des Allgemeinen Studierendenausschuß unter:

www.asta.tu-berlin.de

twitter.com/astatu | flickr.com/astatu | youtube.com/astatuberlin | facebook.com/astatuberlin

NEU! **astatu.blogsport.de** NEU!

Sommerfest der Initiativen
Freitag, 15. Juni 2012 ab 16 Uhr

Auch dieses Jahr gibt es wieder ein Sommerfest geben, mit Kinderbetreuungsecke, Livemusik, Essen (vegan und unvegan) und Trinken (auch non-alk), ganz vielen netten Menschen und der einmaligen Möglichkeit sich kurz vor der StuPa-Wahl noch mal alle INIs und Listen anzuschauen und mit ihnen zu diskutieren oder ein Bierchen zu trinken. **www.myspace.com/tusommerfest**

TERMINE SOSE 2012

Aktuell: asta.tu-berlin.de + facebook.com/astatuberlin

13.04.2012 | 16 Uhr | AStA
Krassnix-Vorbereitungstreffen

13.04.2012 | 20 Uhr | TU Campus
Semesterauftaktparty im Cafe Planwirtschaft und eb194

20.04.2012 | 11Uhr | AStA EB013
Semesterauftaktbrunch AStA-Frauenreferat

20.04.2012 | 12 Uhr | AStA EB014
Vollversammlung der Studentinnen* und Wahl der Referentin fürs Frauen*Referat

24.04.2012 | 16 Uhr | TU Hauptgebäude Lichthof
Veranstaltung: Reflex_ion.Irritation

25.04.2012 | 18 Uhr | TU Hauptgebäude Lichthof
Vernissage „Die Mädchen von Zimmer 28, L410 Theresientadt“ mit musikalischer Begleitung durch Studierende der UdK.

02.05.2012 | 19 Uhr | TU-Hauptgebäude H2036
Filmabend zu Theresienstadt „Kurt Gerron - Gefangen im Paradies“

09.05.2012 | 19 Uhr | TU-Hauptgebäude H2036
Filmabend zu Theresienstadt „Ein Lebender geht vorbei“

12.05.2012 | 14 Uhr | UdK Raum 310 Hardenbergstr.33
Lesung zu Theresienstadt aus „Helgas Tagebuch - Ein Mädchen von Zimmer 28“ mit Helga Kinsky und der Autorin Hannelore Brenner-Wonschick.

16.05.2012 | 19 Uhr | TU-Hauptgebäude H2037
Filmabend zu Theresienstadt „Daleká cesta / Distant Journey“

22.05.2012 | 16 Uhr | TU Hauptgebäude Lichthof
Veranstaltung: Reflex_ion.Konfrontation_Aquarium

23.05.2012 | 19 Uhr | TU-Hauptgebäude H2035
Filmabend zu Theresienstadt „Sein oder Nichtsein“

30.05.2012 | 18 Uhr | EB-Gebäude Raum 407
Finissage mit Dr. Carina Baganz und Rainer Erb (beide ZfA)
„Die Gedenkpraxis vor 50 Jahren und heute“

15.06.2012 | 16 Uhr | TU-Campus
Sommerfest der Initiativen

18.06.2012 bis 22.06.2012 | 09:45 Uhr bis 16:15 Uhr | Wahllokal
Wahlen zum Studierendenparlament

AStA TU-Berlin

Straße des 17. Juni 145, 10623 Berlin | EB012 - 020
Aktuelle Öffnungszeiten unter asta.tu-berlin.de

Büro-Anlaufpunkt-Koordination
Tel. 314-25683 > buero@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung
Tel. 314-23960 > sozialberatung@asta.tu-berlin.de

Hochschulberatung
Tel. 314-23960 > hochschulberatung@asta.tu-berlin.de

AusländerInnenberatung
Tel. 314-23960 > a-beratung@asta.tu-berlin.de

Finanzreferat
Tel. 314-27806 > finanzreferat@asta.tu-berlin.de

Semesterticket-Büro
TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33
Tel. 314-28038 & www.tu-berlin.de/stb

Koordinationsbüro
TU-Hauptgebäude, Raum H 2129
Beglaubigungen, ISIC-Ausweis, Beratung
Tel. 314-22989 > ko-buero@asta.tu-berlin.de

AStA-Plenum (Entscheidungsgremium)
Einmal die Woche

Referate

Alle Referate bieten Sprechzeiten an.
Bitte informiert euch unter asta.tu-berlin.de

Sozialreferat
> sozialpolitik@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Presse- und Öffentlichkeitsreferat
> presse@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Hochschulpolitikreferat
> hopo@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

INI-Koordination und ErstsemesterInnen
> iniko@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Gesellschafts- und Kulturkritik
> geku_kri@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Bildungspolitikreferat
> bipo@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Wissenschafts- und Technikkritik
> witek@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Umwelt-Referat
> umwelt@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-21041

Frauen-Referat
> frauenreferat@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

Queer-Referat myspace.com/queertu
> queer@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

AusländerInnen-Referat
> auslaenderinnen@asta.tu-berlin.de > Tel. 314-25254

Impressum

Das AStA-Info wird herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuß (AStA) an der Technischen Universität Berlin, Straße des 17. Juni 145, 10623 Berlin | Sek. EB020 | Mail erreichbar: presse@asta.tu-berlin.de | Webadresse: www.asta.tu-berlin.de
Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den FotografInnen.
Wenn Ihr Artikel für das AStA-Info schreiben wollt!, Anregungen und Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA: presse@asta.tu-berlin.de